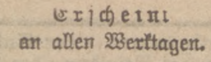
Freitag, 27. Juni 1924. **Einzelnummer 15 Groschen.** 63. Jahrgang. Nr. 145.


Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty:
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post . . . . 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty.
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.



## Nach der Besprechung in Chequers.

„Wo treffen wir drei wieder zusammen?" fragten wir, als wir unseren Aufsatz „Europas Schicksal in der Wahlurne" veröffentlichten. Inzwischen haben in den in Frage kommenden Ländern die Wahlen stattgefunden, und in Deutschland wie in Frankreich ist die neue Regierung gebildet worden. In Deutschland ist es ja eigentlich die alte Regierung geblieben, da es nicht gelang, eine einheitlich rechts gerichtete Regierung oder einen bürgerlichen Block der Mitte zu bilden. So ist denn in Deutschland die über 100 Abgeordnete zählende Rechte nicht in die Regierung eingetreten. In Frankreich jedoch, dessen Wahlen einen gänzlich unerwarteten starken Ruck nach links brachten, hat kein Mann der alten Regierung in das neue Kabinett hinüberwechseln können. Das Kabinett ist von Grund auf neu gebildet und Herriot Ministerpräsident geworden. Dagegen muß man buchen, daß Doumergue als Nachfolger Millerands ins Elysée einzog und Deselves Präsident des Senates wurde.

Der gänzliche Umschwung der politischen Situation in Frankreich rief in der europäischen Politik eine stärkere Krise hervor, als sie sich gewöhnlich nach sonstigen Wahlereignissen einzustellen pflegte. Der Umstand, daß auf den extrem rechts gerichteten „großen" Poincaré der links gerichtete Herriot folgte, schuf zweifelsohne Verwirrung, und in den verschiedenen Kabinetten Europas warf man die Frage auf: was wird das? Auch wir in Polen standen unter diesem Eindruck, und durch die ganze Presse klang immer wieder die Frage, geht der politische Weg in Europa nach rechts oder links?

Die Bedeutung der gegenwärtig in der Weltpolitik zu fällenden Entscheidungen wird uns umso klarer, wenn wir in Erwägung ziehen, daß es in erster Linie um die Haltung Englands und Frankreichs gegenüber Deutschland geht.

Die Haltung Poincarés in diesen Fragen war gekennzeichnet durch eine Reihe von Vorbehalten, welche die Sicherheitsfrage Frankreichs, das heißt die Furcht Frankreichs vor einem Wiedererstarken Deutschlands in den Vordergrund stellten und politische und wirtschaftliche Belange trennen wollten. Der Dawesbericht verhieß die wirtschaftliche Einheit, Deutschlands, wenn es die im Dawesbericht auferlegten Verpflichtungen annähme. Frankreich wollte aber das Ruhrgebiet erst räumen, wenn Deutschland gezahlt habe. Es sollte also nach Poincarés Auffassung trotz seines zerstörten Wirtschaftsorganismus seine Leistungen voll und ganz erfüllen, ehe dieser Wirtschaftsorganismus, wie es der Dawesbericht als selbstverständlich voraussetzte, wieder eine wirtschaftliche Einheit würde. Von der Räumung des Ruhrgebietes hängt aber die Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Einheit und Leistungsfähigkeit gänzlich und allein ab.

Als Herriot in der französischen Kammer noch zu Poincaré in Opposition stand, da rief er einmal gelegentlich einer Debatte Poincaré das Wort zu: „Wer heute noch an dem Gedanken der produktiven Pfänder festhalte, ist geisteskrank, und zwar gefährlich geisteskrank." „Erweitern Sie Ihren Horizont, Herr Präsident!". Mit diesem Wort schloß Herriot damals seine Ausführungen. Ob er noch daran denkt?

Man muß sich bewußt bleiben, daß solche Äußerungen vielleicht schon getan wurden, um den damals bevorstehenden Wahlkampf einzuleiten. Und ferner lehrt es die tägliche politische Erfahrung, daß es zwischen der Wahlpolitik mit ihren phrasenreichen Vorbereitungen und der Regierungspolitik der Gewählten oftmals einen Unterschied gibt, wie zwischen Tag und Nacht. Allein es läßt sich wohl nicht gut annehmen, daß bei aller Wahrung der französischen außenpolitischen Interessen aus dem sozialistischen Herriot ein extrem rechts gerichteter Poincaré wurde.

„Herriot fährt nach London und Chequers als der Nachfolger Poincares" in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes, schrieb eine Zeitung. Zweifelsohne hatte Herriot von Poincaré eine außenpolitische Erbschaft zu übernehmen, deren Bürde nicht leicht zu tragen ist. Aber ob er so wenig Mann ist und unter dieser Bürde, auf seinen Ruf als politische Persönlichkeit verzichtend, zusammenbricht, das ist doch noch nicht erwiesen. Allein die politische Geschichte hat oftmals an Beispielen gezeigt, daß das Chamäleon nicht nur ein naturwissenschaftliches Phänomen ist.

Inzwischen sind nun „die beiden" (Ministerpräsidenten) in Chequers zusammengetroffen, und es geht das Gerücht, daß auch „der dritte" zu einer Zusammenkunft mit den beiden ersten aufgefordert werden soll. Wenn also ein Zusammentreffen von Herriot, Mac Donald und dem deutschen Reichskanzler Marx zustande käme, dann wären die drei Reiche mit ihren politischen Führern zum ersten Male nach dem Zwischenspiel der Wahlen wieder in nähere Fühlung getreten.

Welche praktische Bedeutung der Zusammenkunft in Chequers zukommt, läßt sich noch nicht beurteilen, sondern erst an ihren Folgen und Wirkungen. Selbst Mac Donald hüllte sich in vornehme Diskretion, als gestern gelegentlich der Sitzung im englischen Unterhaus Baldwin an ihn die Anfrage richtete, ob der Premierminister in der Lage sei, dem Hause Mitteilungen über seine Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten zu machen. Mac Donald verlas darauf den sorgfältig abgefeilten amtlichen Bericht, nachdem die Premierminister in einer freundschaftlichen Besprechung alle Probleme erörtert hätten, die sich aus der Anwendung des Dawesberichtes ergäben. Er erwähnt dann noch den Beschluß über die Veranstaltung der internationalen Konferenz der Premierminister am 16. Juli. Besonders bemerkt er jedoch, daß irgendwelche Beschlüsse nicht gefaßt worden seien. Ich betone ausdrücklich, so erklärte Mac Donald, daß es nicht die Absicht der englischen Regierung ist, mit irgend einem Lande Sonderabmachungen zu treffen, sondern daß es uns daran liegt, in gemeinsamer Arbeit mit unseren Alliierten die Anwendung des Dawesberichtes herbeizuführen.

Es sind dies weise und sicherlich in usum Delphini, für den Hausgebrauch gesprochene Worte.

Aus den anderen Mitteilungen über diese Zusammenkunft scheint jedoch eindeutig hervorzugehen, daß man hinsichtlich der Räumungsfrage der Ruhr nicht so einig ist, wie man es vorgibt. Dazu kommt noch vor allem die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die Rheinfrage und die Entwaffnung Deutschlands. Politische und wirtschaftliche Fragen sind hier so eng miteinander verknüpft, daß sie eigentlich nicht zu trennen sind.

Wenn wir uns jetzt das Ergebnis von Chequers ansehen, so ist es kein Ergebnis. Zwar hat Herriot bislang anders gesprochen als Poincaré, auch über die Räumungsfrage, aber noch nicht anders gehandelt. Die Räumungsfrage bleibt demnach der Kernpunkt der Verhandlungen.

Damit endlich der wirtschaftliche Friede in Europa wiederkehrt, können wir nur wünschen, daß die beteiligten Länder endlich aus wirtschaftlicher Notwendigkeit den Weg zueinander finden. Wir können nur sagen: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Taten sehen!

## Die Versammlung gegen die deutsche Minderheit im Vestibül des Ansiedlungsamtes.

Die durch einen großen von uns veröffentlichten Aufruf angekündigte Versammlung gegen die deutsche Minderheit hat inzwischen stattgefunden. Dr. Meißner eröffnete die Versammlung und wies in seinen Worten „auf die schädlichen (!) Einflüsse des Völkerbundes bezüglich der Liquidationspolitik in Polen" hin. Es sprachen dann noch Dr. Krysiewicz und Dr. Korzeniewski, der erste Mann im Westmarkenverein. Nachdem Dr. Meißner das Schlußwort gesprochen hatte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Bevölkerung der Stadt Posen gibt ihrer tiefen Beunruhigung wegen der deutsch-polnischen Verhandlungen Ausdruck und vor allem wegen des Standes der deutschen Frage vor dem Völkerbund. Sie sieht sich angesichts des passiven Verhaltens der Regierungsfaktoren in einer nicht allein für die Westgebiete, sondern für ganz Polen wichtigen Frage gezwungen, feierlich zu erklären:

daß sie in Erinnerung an die unzähligen Fälle von blutigem und schmerzlichem Unrecht, das das polnische Volk in dem hundertjährigen Zeitraum der Unfreiheit von den preußischen Eroberern erfuhr, sich mit einer Regelung der deutsch-polnischen Verhältnisse nicht einverstanden erklären kann, die auch fernerhin wie in den Zeiten der Unfreiheit für die Polen schädlich wäre und den deutschen Mitbewohnern die Vorrechte (?) von Staatsbürgern einer höheren Kategorie verleihen würde;

daß sie weiter in Erinnerung an die Enteignungspolitik der deutschen Regierung gegenüber den Polen in der nicht genügend energischen und entschiedenen Ausübung der dem polnischen Staate aus dem Versailler Vertrage zustehenden Rechte in Sachen der Optanten, der Ausländer und der Liquidation der deutschen Besitzungen nicht nur eine schmerzliche Verkürzung der Rechte des polnischen Volkes erblickt, sondern vor allem ein demütigendes Bekenntnis der polnischen Regierung zur Schwäche (?) und Nachgiebigkeit gegenüber Faktoren, die offen die polnischen Interessen schädigen und den den westlichen polnischen Landen mit Gewalt auferlegten deutschen Besitzstand wahren;

daß sie zwar die Notwendigkeit des Zusammenlebens mit der deutschen Minderheit bei loyalem Verhalten der letzteren anerkennt, daß sie aber kategorisch erklären muß, daß das bisherige Verhalten dieser Minderheit auf dem innerstaatlichen Gebiet sowohl wie auch in der internationalen Politik sich offensichtlich nicht allein gegen die gerechten und unanfechtbaren Rechte des polnischen Staates wendet, sondern hauptsächlich in dem Verhältnis zum Völkerbund die Merkmale einer offensichtlichen und zielbewußten Schädigung der Interessen der polnischen Republik durch deren eigene Staatsangehörige annimmt und danach strebt, nicht die der deutschen Bevölkerung zustehenden und de facto schon verwirklichten Rechte zu genießen, sondern vielmehr in den westlichen Gebieten einen solchen Besitzstand aufrecht zu erhalten, der der deutschen Bevölkerung auch in Zukunft einen überwiegenden Einfluß auf die politische Zukunft dieses Teilgebietes sichern würde;

daß sie in Kenntnis der Schwierigkeiten und der Verwickelung des deutschen Problems in Polen jederzeit bereit ist, nach Kräften das Vorgehen der polnischen Regierung zu unterstützen;

daß sie indessen das von der Regierung aufgestellte Programm über die unabänderlichen Richtlinien in Sachen der deutschen Minderheit in Polen als das Minimum ihrer Wünsche ansieht und gegen die für Polen und die Westgebiete empfindlichen Folgen der schwankenden und nachgiebigen Politik der Regierungsfaktoren Widerspruch erhebt, und gleichzeitig bittet, die Regierung möchte bei der Ausarbeitung ihres Programms in weitestem Maße die öffentliche Meinung der Westgebiete berücksichtigen."

Diese Resolution soll nebst einer eingehenden Begründung der Regierung unterbreitet werden.

Daß diese Versammlung und ihre Redner am Sonnabend viel von Gerechtigkeit und gerechten Forderungen sprechen würden, haben wir schon an anderer Stelle betont. Die Gerechtigkeit sieht aber anders aus, jene ewige, göttliche Gerechtigkeit, die unbestechlich über dem Alltag waltet, als die in jener Versammlung angerufene.

So beklagt sich die Resolution über die Enteignungspolitik der preußischen Regierung (die im ganzen vier Güter gegen überaus hohes Entgelt enteignet hat) zu einer Zeit, wo Polen sich erst nach langem Widerstreben verpflichtet hat, 2,7 Millionen Entschädigung zu zahlen für die widerrechtliche Enteignung von Hunderten von deutschen Ansiedlern. Hinzu kommt als Gegenstück für die 4 (in Worten: vier) Enteignungen zu preußischer Zeit die Verdrängung von Tausenden anderer deutscher Besitzer aus ihrer angestammten Heimat, in die sie einst von polnischen Fürsten und Herren als Gäste berufen wurden. Der Westmarkenverein bezeichnet die vier Enteignungen der preußischen Polenpolitik als „unzählige Fälle von blutigem und schmerzlichem Unrecht". Wie sollen wir wohl die Emigration der 800 000 Deutschen aus Polen bezeichnen?

Es zeugt von einer gänzlichen Verkennung der Umstände, wenn man in der Weise von den vier preußischen Enteignungen spricht und nicht hinzufügt, daß diese Güter weit über den Marktpreis bezahlt wurden, wie sich jederzeit zahlenmäßig und statistisch nachweisen läßt. Wenn man die Gerechtigkeit anruft, soll man ihre edle Schwester, die Wahrheit, nicht vergessen.

Und was den Völkerbund angeht, so haben wir Deutschen bei dieser höchsten Instanz und dem höchsten Weltgerichtshof erst Schutz gesucht, als die uns von den zuständigen Stellen gemachten Versprechungen sich nur als Versprechungen erwiesen. Wir haben damit erst in letzter Stunde von einem uns vertraglich zustehenden Rechte Gebrauch gemacht.

Dann zur Sache der Liquidation. Die dem polnischen Staat aus dem Versailler Vertrage zustehenden Rechte, namentlich auch hinsichtlich der Liquidation, zu bestreiten, fällt keinem Deutschen in Polen ein, trotzdem sich, wie der Verzicht anderer Vertragsstaaten auf die Liquidationsklausel beweist, über deren moralische Berechtigung streiten läßt. Klage wird von uns nur darüber geführt, daß Liquidationen gegen Personen eingeleitet werden, deren Staatsangehörigkeit noch strittig ist. Bekanntlich finden zurzeit über diese Frage zwischen Polen und Deutschland noch Verhandlungen statt, die entweder durch eine Verständigung oder durch einen Schiedsspruch des Belgiers Kaeckenbeck ihren Abschluß finden werden.

Die Entscheidungen des Völkerbundes und die Gutachten vom Haag wurden demnach von jener Versammlung vollkommen ignoriert. Für ein solches Verhalten sind zwar lediglich die Leiter jener Versammlung verantwortlich, aber dem ganzen Staate erwächst daraus ein unermeßlicher Schaden. Sein internationaler Kredit und sein Ansehen vor dem Völkerbunde werden dadurch nicht gehoben. Die „Dtsch. Rundschau" sagt hierzu:

„Die Deutschen sollen das, was sie und ihre Väter im Schweiße ihres Angesichts auf friedlichem Wege zum Wohle des ganzen Landes erworben haben, ohne Entgelt herausgeben. Der Westmarkenverein fordert den offenen Raub, und wir Deutsche in Polen sind nur deshalb nicht loyal, weil wir den Mund nicht segnen, der uns beweislos verleumdet, weil wir die Hand nicht küssen, die uns schlägt!"

Zusammenfassend heben wir hervor, daß wir mit allen Mitteln des Gesetzes und des Rechts unsere bedrohten Interessen verteidigen werden. Wir behalten die unerschütterliche Überzeugung, daß auch in unserem Staate und bei allen Richtern, die diese Sache behandeln, der Grundsatz heilig bleiben wird: suprema lex justitia.

## Der Agrarminister über die Parzellierung.

Die Agrarreformkonferenz im Posener Schloß eröffnete der Vorsitzende des Bezirkslandamtes, Herr Borszewski. Darauf hielt der Ingenieur Suszkiewicz ein Referat über das Thema: „Die Bedingungen und Aufgaben der Aufteilung in den westlichen Wojewodschaften Polens". Der Vortragende betonte zu Beginn, daß die Anzahl der Dörfer im Posenschen mit veraltetem Aufbau nicht sehr groß sei, und daß sich die meisten im Kreise Rawitsch befänden. Die wichtigste Aufgabe der Agrarpolitik in den Westmarken sei die Aufteilung im Verein mit der Zusammenlegung der Güter. Angesichts des Mangels an langfristigem Kredit sei heute die Zusammenlegung leichter. Doch müsse ein solcher Kredit unbedingt organisiert werden, da die Bedürfnisse von staatlicher Bedeutung seien. Bisher seien die Kräfte zu einer großzügigen Aufteilungsaktion nicht vorhanden. Und doch sei eine rationelle Aufteilung unerläßlich. Auf die Frage, wie man sie durchführen soll, könnten nur reale Versuche antworten, mit denen nicht gezögert werden dürfe.

Nach dem Referat besprach Dr. Chacia das Projekt der Lösung des Aufteilungsproblems mit Hilfe der Agrarbank. Die Pfandbriefe dieser Bank würden bei der Zahlung der Vermögens- und Erbschaftssteuern angenommen werden. Der Ausbau der Agrarbank in der Richtung langfristigen Kredits würde der Agrarreform ungeheure Dienste leisten.

Herr Kierski wies darauf hin, daß in den Liquidationsobjekten eine Menge von Landvorrat vorhanden sei.

Senator Szuldrzyński hob die Bedeutung der Güterzusammenlegung und die Gesundung der Kleinwirtschaften hervor und wies auf gewisse ungünstige Zeichen der Heranschaffung von Ansiedlern aus anderen Teilgebieten hin.

Geistl. Adamski erklärte, daß auch die Agrarbank unter den obwaltenden Bedingungen keinen langfristigen Kredit schaffen werde. Von einer Agrarreform großen Stils könne man nicht einmal träumen. Man müsse also die Privataufteilung erleichtern und die Verpachtung von Parzellen begünstigen.

Der Agrarreformminister knüpfte an die Rede des Geistlichen Adamski an und erklärte, daß die Frage des Aufteilungskredits wohl schwierig sei, daß aber Versuche nach dieser Richtung unbedingt gemacht werden müßten. Daher das Projekt der Tätigkeit der Agrarbank und der Pfandbriefe. Der Pfandbriefkredit sei nicht hoffnungslos. Die Briefe würden nach Meinung des Ministers den Landwirten große Vorteile bringen. Man könne mit ihnen Steuern zahlen und im Auslande lombardieren. Außerdem könnte man der Agrarbank einen Teil des zur Zahlung der Vermögenssteuer bestimmten Landes verkaufen. Die Steuer würde dann die Agrarbank zahlen. Der Minister polemisierte dann mit dem Geistlichen Adamski, der die Nichtausnutzung der glänzenden Aufteilungskonjunkturen vor einigen Jahren bedauerte. Nach Meinung des Ministers dürfe man in dieser Frage nicht Pessimist sein. Es sei heute leichter, 8—10 Hektar Land zu kaufen, als vor dem Kriege. Am zweckmäßigsten sei heute die nachbarliche Aufteilung, womit die Frage der Zusammenlegung der Güter verbunden ist. Der Minister wird die Frage der Güterzusammenlegung in Großpolen prüfen, meint aber, daß diese Frage nicht besonders aktuell sei. Als Beispiel führt der Minister die Verhältnisse in Mähren und Niederösterreich an, wo mit Rücksicht auf die Kultur des Landes und auf gute Bebauung nur eine halbe Güterzusammenlegung durchgeführt worden sei.

# Republik Polen.

## Der Staatspräsident in Graudenz.

Der Staatspräsident ist auf seiner Besuchsreise jetzt auch nach Graudenz gekommen. Am Montag mittag fand zu Ehren desselben ein Frühstück beim Stadtpräsidenten statt, und nachmittags folgte die Besichtigung mehrerer Industriewerke, u. a. der Buchdruckerei des früheren „Geselligen" sowie des früheren Kaufhauses von Jontofsohn. Nach dem Empfang mehrerer Abordnungen im Rathause fand abends 8 Uhr in der „Wielkopolanka" ein von der Handelskammer gegebenes Festessen statt, bei dem der Staatspräsident eine längere Ansprache hielt. Er führte darin u. a. aus:

Graudenz, das an dem alten polnischen Handelswege zum Meere gelegen ist, hat vollends das Recht, sich als Zentralpunkt der Industrie und des Handels Pommerellens zu betrachten. Große Betriebe, aus deutschen Händen übernommen und trotz Wechsels der Einkaufsquellen sowie des Verkaufsmarktes im Betrieb erhalten, zeugen von großer Begabtheit tüchtiger Industrieller. Gegenwärtig steigen wir aus dem Abgrund heraus, aufs neue beginnt der durch den Krieg vernichtete Sparsamkeitssinn sich zu entwickeln und mit ihm die Möglichkeit einer Anhäufung neuen Kapitals zwecks Unterstützung der Produktionsarbeit. Es wächst auch das Vertrauen Fremder zu unserer Finanzwirtschaft, wodurch uns die Erlangung von Auslandskrediten ermöglicht wird. Ich sehe am Horizont keine Wolken, die den internationalen Frieden irgendwie stören könnten, Ihr könnt also mit voller Ruhe und Energie Euch der Erhaltung Eurer Werkstätten und der Beseitigung der durch die langjährige Bedrückung und den Krieg hervorgerufenen Schäden widmen. Ich zweifle nicht daran, daß Ihr, durch langjährige Erfahrung belehrt, verstehen werdet, daß die Grundlage einer steten Entwicklung individuelle und gemeinsame Kraftanstrengungen der Bürger, ihre Qualifikationen und Arbeit bilden. Sache der Regierung ist es, sie mit wohlgefälligem Schutz und materieller Hilfe zu unterstützen, ohne dadurch das mit großer Schwierigkeit erlangte Budgetgleichgewicht — die Grundlage gesunden Geldes — zu gefährden. Er schloß mit einem Trinkspruch auf das Gedeihen der Stadt Graudenz.

Abends gegen 10 Uhr begab sich der Staatspräsident zur Wianki-Feier nach dem Schulzschen Hafen auf den Marinedampfer „Admiral Sierpinek". Für die Wianki-Feier selbst waren umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden. Am jenseitigen Weichselufer war von der Eisenbahnbrücke bis zur ehemaligen Kriegsbrücke auf hohen Masten eine Leitung gezogen, an welcher elektrische Birnen befestigt waren. Von dort ging die Leitung nach dem diesseitigen Ufer über. Vielfach waren die elektrischen Birnen in Lampions untergebracht. Eine ganze Flottille von Fahrzeugen hatte sich zu diesen Festtagen auf der Weichsel hier eingefunden. Auf Pontons der Militärbadeanstalt waren Plattformen errichtet. Das Badeufer am Hafen war gesäubert und geeggt. Leider kam in den späten Nachmittagsstunden ein starker Gewitterregen hernieder. Das Festschiff fuhr eine Strecke stromabwärts, kreuzte und machte dann nahe dem Schloßberg fest. Dann ging die Wianki-Feier vor sich, die einen glänzenden Verlauf nahm und der ungeheure Menschenmengen beiwohnten.

Für den Dienstag ist ein Besuch des Städtchens Rehden vorgesehen, und auch das Herzfeld-Viktorius-Werk wird besichtigt, wobei Landwirte der Umgegend, hauptsächlich deutsche, eine berittene Ehreneskorte bilden.

## Von den Evangelischen in Polen.

Mit der evangelischen Bevölkerung in Polen, mit ihrer religiösen Organisation und ihrer Pastorisierung beschäftigt sich der bekannte Posener Publizist K. Kierski in einem längeren Artikel des „Kurjer Warsz". Nachdem er die Verfassungsbestimmungen, die sich auf die fremden, d. h. nichtkatholischen Bekenntnisse beziehen, und die bezüglichen Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages aufgezählt, gibt er der Meinung Ausdruck, daß, wenn die deutsche Bevölkerung in Polen, die sich vorwiegend aus Evangelischen zusammensetzt, sich mit den Rechten, die ihr die Verfassung und der Zusatzvertrag gewährleisten, zufrieden gäbe und sich auf die Bekenntnisfragen beschränkte, so gäbe es auf diesem Gebiete zwischen ihr und der polnischen Regierung keine Reibungen und keine Mißverständnisse.

„Leider" — so wird tendenziös und der Wahrheit zuwider behauptet — „behandeln die Führer der deutschen Minderheit ihre Selbständigkeit in Sachen des Bekenntnisses als einen politischen Trumpf in ihrem Kampfe mit dem Polentum. Auf internationalem Gebiet bilden die Klagen über eine angebliche religiöse Bedrückung in Polen ein sehr dankbares Mittel für ihre antipolnische Propaganda. In dem Verhältnis zu Deutschland bildet die evangelische Religion einen der hauptsächlichsten Vorwände für den engen Zusammenhalt mit dem Mutterlande. In den inneren Verhältnissen führt sie unmittelbar zur politischen Verbindung mit den Deutschen und zur weiteren Germanisierung der evangelischen Polen durch die Kirche."

Weiter schreibt Herr Kierski: „Wie ist nun die Lage der evangelischen Bevölkerung in Polen? Diese Bevölkerung zerfällt hinsichtlich des Bekenntnisses in folgende Teile:

1. **die evangelisch-augsburgische (lutherische) Kirche im ehemaligen Kongreßpolen** besteht aus 5 Diözesen und umfaßt 102 Parochien und Filialen. Mit dieser Kirche ist die Diözese im Teschener Schlesien verbunden, die sich indessen vor 1½ Jahren in zwei Teile geteilt hat: Die polnischen Gemeinden (ungefähr 20 000 Seelen) haben eine besondere Diözese gebildet und sich an Warschau angeschlossen. Die deutsche Gemeinde in Bielitz dagegen (ungefähr 10 000 Seelen) ist eine selbständige Kirche geblieben. Die Zahl der Anhänger der augsburgischen Kirche hat sich nach dem Kriege erheblich verringert und beträgt gegenwärtig etwa 400 000 Seelen.

2. **die evangelisch-reformierte (calvinische und helvetische) Kirche im früheren Kongreßpolen** zählt höchstens 15 000 Mitglieder, die überwiegend polnisch sind.

3. **die freie vereinigte evangelische Kirche in dem früheren Galizien** (mit dem Pastor Zöckler an der Spitze) setzt sich aus den Gemeinden des augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses zusammen, umfaßt 21 Parochien und zählt etwa 40 000 Mitglieder, hauptsächlich deutsche Ansiedler in der Gegend von Stanislau.

4. **die altlutherische Kirche** in dem früheren Galizien und in Pommerellen umfaßt 7 Parochien und zählt kaum 4000 Mitglieder.

5. **die evangelisch-unierte Kirche** vereinigt in sich Bekenntnisse der augsburgischen und reformierten Konfession und außerdem noch die sogenannte Kirche der tschechischen Brüder. Sie umfaßt nach den amtlichen Angaben von Ende 1922 in den beiden westlichen Wojewodschaften 407 Parochien (in der Posener Wojewodschaft 282, in der pommerellischen 125) mit 314 Pastoren (in der Wojewodschaft Posen 214 und in Pommerellen 100). Sie zählt 464 180 Mitglieder (in der Posener Wojewodschaft 293 603 und in Pommerellen 170 577). Neuere Daten haben wir nicht. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß gegenwärtig die Zahlen erheblich niedriger sind, die Deutschen selbst geben als allgemeine Ziffer der Gläubigen 385 839 an."

## Eine Tagung polnischer Bischöfe.

In Czenstochau findet vom 2. bis 4. Juli eine Tagung polnischer Bischöfe statt. Eine Reihe wichtiger kirchlicher Fragen sollen dabei erörtert werden.

# Vom Sejm.

## Budget des Justizministers.

**Warschau**, 26. Juni. Die Abgeordnetenkammer begann gestern ihre weiteren Beratungen über das Budget mit einer Diskussion über die Budgetvorverhandlungen des Justizministers. Der Abgeordnete Smiarowski (Wyzwolenie) erklärt als Referent, daß die schnelle Organisation der Justizpflege in Polen die Elastizität und die Organisationsfähigkeiten des polnischen Volkes beweise. Die Gerichtsinspektion steht nicht auf der entsprechenden Höhe. Wir sind noch weit davon entfernt, den einheitlichen Typ des polnischen Richters zu besitzen. Man darf jedoch die Hoffnung hegen, daß die polnische Gesetzgebung unter besseren Bedingungen einen unabhängigen und stolzen Vertreter der Rechtspflege zu schaffen vermag.

## Verbesserung des Gefängniswesens.

Die Budgetkommission erklärte die Notwendigkeit einer Hebung der Fähigkeiten und Verhältnisse der Gefängnisbeamten und gewährte zu diesem Zwecke eine angemessene Summe für Kurse. Unerläßlich ist auch der Bau neuer Gefängnisse in Bezug auf die Bedingungen der Gesundheitspflege und der Übervölkerung, die sehr bedeutend ist. Die Kommission erhöhte den Kredit zur Ernährung der Gefangenen um 2 Millionen 200 000 Złotys. Mit Anerkennung muß auf den Ausbau der Arbeitsstätten in diesen Gefängnissen hingewiesen werden. Im allgemeinen erhöhte die Kommission die Ausgaben um 2 954 000 Złoty und erhöhte die Einkünfte um 2 000 000 Złoty.

## Beseitigung der Mängel und Mißstände.

Der Justizminister Wyganowski erklärt unter anderem, daß die Mißstände, besonders in den niederen Gefängnissen, dadurch hervorgerufen worden sind, daß nicht alle Richterstellen durch Leute mit höherer Bildung und juristischer Befähigung besetzt waren. Diese Lücken werden jedoch zweifellos in kurzer Zeit durch den Andrang neuer Kräfte aus den Universitäten ausgefüllt sein. Der Stand unseres Gefängniswesens ist nicht ideal und zwar darum, weil viele uns durch die Teilungsmächte überlieferten Gefängnisse nicht den modernen Erfordernissen genügen. Das Ministerium bearbeitete ein Patronatenstatut, das sich auf die Gesellschaft stützen und dem Gefängniswesen Schutz angedeihen lassen soll. Ferner bearbeitete man ein neues Gesetz über die Organisation des Gefängniswesens der Republik.

## Schluß der Debatten und Abstimmung.

In der weiteren Diskussion nahm unter anderem der Abg. Zygmunt Seyda (Z. L. N.) das Wort, der eine Entschließung beantragte, die die Einführung eines einheitlichen Besoldungssystems für die Gefängnisbeamten forderte.

Zum Schluß antworteten auf alle Ausführungen der Redner der Justizminister Wyganowski und der Referent, Abg. Smiarowski. Darauf schritt man zur Abstimmung über das Budget des Innenministers.

Den Antrag des Abgeordneten Waleron (Wyzw.) um Herabsetzung der Summe zur Erhaltung der politischen Abteilung um 10 000 Złoty wurde mit 168 gegen 147 Stimmen abgewiesen. Der Antrag des Abg. Popiel (N. P. R.) auf Herabsetzung der Besoldung der Polizei um 100 Złoty wurde mit 157 gegen 156 Stimmen angenommen. Angesichts dessen zog man andere demonstrative Anträge zurück und nahm das Budget des Innenministers in zweiter Lesung an.

Zwischendurch nahm die Kammer das Ausgaben- und Einkommenbudget des Finanzministers an. In bezug auf das Budget des Justizministers wurde der Antrag des Abg. Marek auf Streichung eines Złoty aus derselben Summe. Nach der An- 154 Stimmen abgewiesen. Außerdem verwarf man den Demonstrationsantrag des Abg. Wyżykowski (Wyzwolenie) auf Streichung von 1 Złoty aus derselben Summe. Nach der Annahme des Einkommenteils ohne Änderung erledigte die Kammer in derselben Weise das Budget des Justizministers.

Damit unterbrach man dann die Diskussion über das Budget. Man schritt dann zur Abstimmung über das Gesetz zum Schutz der Kleinpächter und nahm unter anderem die Verbesserung des Abgeordneten Brownsford an, die die Kirchengüter, Stiftungs- und Selbstverwaltungsgüter von diesem Schutz ausschloß.

Fortsetzung der Diskussion heute um 10 Uhr vormittags.

## Echo der Demonstrationsanträge.

**Warschau**, 26. Juni. Der Demonstrationsantrag des Abg. Popiel ging infolge der Zustimmung der Nationalen Arbeiterpartei, des Wyzwolenieklubs, der Polnischen Sozialistischen Partei und der nationalen Minderheiten durch. Minister Huebner reichte um 6 Uhr nachmittags den Antrag um Demission ein. Grabski begab sich sofort zum Marschall Rataj und dann zum Belvedere, worauf er Huebners Gesuch abschlägig beantwortete.

Gegen den Justizminister Wyganowski stimmten die Minderheiten, die Poln. Soz. Partei und der Wyzwolenieklub.

**Warschau**, 25. Juni. Der Präsident des Ministerrats, Herr Grabski, schrieb an den Innenminister Huebner folgendes: „In bezug auf Ihr mir übermitteltes Gesuch um Ihre Entlassung vom Posten des Innenministers habe ich die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß ich nach Einziehung von Informationen über den Charakter der Abstimmung im Sejm am 25. Juni über die Vorverhandlungen zum Budget des Innenministers über den Teil „Staatspolizei", sowie nach einer Verständigung mit dem Präsidenten der Republik Ihren dem Präsidenten der Republik zu machenden Antrag auf Entlassung vom Posten des Innenministers nicht für angebracht halte."

# Um den Nachfolger Nollets.

Das französische Kriegsministerium teilt folgende offiziöse Note mit: „Ein Teil der französischen und ausländischen Presse hat als Nachfolger des Generals Nollet, des Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Dupont, den Chef der französischen Militärkommission in Polen, bezeichnet. Die Information ist ungenau. Ohne Zweifel könnte General Dupont infolge seiner gründlichen Kenntnis der deutschen Frage für dieses Amt besonders geeignet erscheinen; aber die bisher hochgeschätzten Arbeiten, die er in Polen leistet, erlaubten es nicht, seine Abreise von Warschau in der nächsten Zeit ins Auge zu fassen."

# Herriot in Brüssel.

Nach einer Meldung der „D. A. Z." hat Herriot gestern bereits mit Theunis und Jaspar verhandelt. Die eigentlichen Verhandlungen begannen jedoch erst heute früh. Herriot trifft heute mitternacht in Paris ein, und morgen um 5½ Uhr findet ein Ministerrat im Elysée statt. Der „Matin" berichtet über den Empfang, den Herriot gestern abend in Brüssel gefunden hat. Von 6.45 bis 7.15 Uhr war er beim König in Audienz. Schon vorher war vom belgischen Botschafter in London die Meldung eingetroffen, daß Herriot und Mac Donald noch von Chequers aus, um einen sofortigen Beweis ihres Einverständnisses zu geben, eine außerordentlich energische Note an Deutschland in der Entwaffnungsfrage gerichtet hätten. Mac Donald denke angeblich ununterbrochen an die „deutsche Gefahr". Er sei besorgt, daß die öffentliche Meinung ihn für wenig energisch in dieser Frage halte. Er wollte seine Ansicht Deutschland zur Kenntnis bringen, und Herriot hätte die Idee gehabt, eine gemeinsame Note abzusenden.

Sauerwein meldet, daß die Freude in Brüssel groß gewesen sei, Mac Donald diese Haltung einnehmen zu sehen. Vielleicht hätten die Belgier sich an diesem Schritt beteiligen wollen, aber Herriot habe ihnen bewiesen, daß es sich um eine rein persönliche Stellungnahme gehandelt habe, die durch eine Regierungshandlung nicht hätte verlangsamt werden dürfen. Sauerwein fügt seinem Bericht noch bei, in Brüssel hätten anfangs Besorgnisse bestanden. Den katholischen Kreisen Belgiens sei die Innenpolitik der französischen Regierung als eine Verfolgung der katholischen Kirche erschienen. Herriot sei kein Feind der katholischen Kirche, er wolle aber keinen offiziellen Kultus anerkennen. Auf der Londoner Konferenz Mitte Juli werde zuerst die Ruhrfrage verhandelt werden. Wenn Deutschland handelsfähige Obligationen ausgebe, werde die Zahlung als geschehen angesehen werden. Die Beibehaltung der Truppen im Ruhrgebiet erscheine überflüssig, wenn die Möglichkeit bestehe, jederzeit wieder einzumarschieren, und wenn

---



# Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Riemasch.

(49. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Er hob den Kopf mit den verquollenen roten Augen.

„Von wem?"

„Darüber kann Dir mein Rechtsbeistand Auskunft geben. Ich habe die Scheidungsklage eingereicht. Zwischen uns besteht keine Gemeinsamkeit mehr. Ich habe nichts mehr mit Dir zu schaffen. Ich hoffe, Du wirst es mir ebenso leicht machen, zu meiner Freiheit zu kommen, wie ich Dir."

Kein Wort kam über seine Lippen. Er rührte sich nicht. Er sah sie wieder gehen und verschwinden. Unglaubhaft, unwirklich wie alles, was sie gesagt hatte.

Nur ein einziger Ton schwang durch sein dumpfes Denken: Frei!

Sein unsteter Blick sucht etwas im Zimmer.

Die kleine Kindertrompete und die gelbe Trommel lagen einsam und verlassen.

*

Noch um zehn Uhr nahm Redlich ein Auto und fuhr nach Eitzen heraus. Die Kospotta kam ihm schon über den dunklen Hof entgegengerannt. Sie zitterte am ganzen Leibe vor Neugier und Ungeduld. Sie fiel ihm um den Hals.

„Brüderchen, Brüderchen, sag mir nur schnell ein einziges Wort — wie ist's — —?"

„Geglückt!"

In ihrer freudigen Erregung schrie sie leise auf:

„Gelobt seien alle guten Geister schnell ins warme Zimmer, Brüderchen, ich bin vergangen vor Angst und Unruhe."

Haarklein mußte er alles berichten. Er tat es abgespannt, abschweifend und teilnahmslos. Sie merkte es sofort. Aber sie wußte auch, daß er diesmal nicht log. Die Schwierigkeiten, Mühen und Gefahren waren ungeheuer gewesen. Immer neue Listen und Hintertüren mußten gefunden, immer neue Hände mit Gold gestopft werden. Er hatte den Transport selbst zur Hafenstadt begleitet. Dort waren schon die Agenten aus Schweden eingetroffen. Nun schwammen die Flugzeuge längst auf hoher See Neutralien zu. „Und hier," schloß Redlich seinen Bericht, den die Kospotta durch unermündliche Fragen unterbrochen hatte, „hier ist Deine Beute."

Er riß aus seinem Kleiderfutter ein paar sorgfältig eingenähte Papiere heraus und reichte sie ihr hin. Es waren zwei Anweisungen über je eine Million schwedischer Kronen.

Sie griff danach mit zögernder Gier. „Brüderchen, ist das nur mein Anteil?"

„Nur Deiner."

Sie jubelte, toll vor Glück. Sie tanzte, die Blätter an sich gedrückt, wie eine Mänade im Zimmer herum, umhalste ihn, erstickte ihn fast mit Küssen.

„Brüderchen, wir leben ein Märchen. Und Dein Anteil . . . Du hast das Doppelte?"

Er nickte müde. „So ungefähr — — wie abgemacht. Ich habe es schon auf einer amerikanischen Bank in Hamburg deponiert."

Sie fiel mit neuen Küssen über ihn her.

„Ein Märchen. Ein Märchen. Und Du freust Dich nicht? Du bist nicht stolz, daß Du über Nacht ein solcher Krösus geworden bist? Brüderchen, was hast Du? Bist Du krank? Du verschweigst mir etwas . . ."

Die Angst packte sie. Seine Lippen waren heiß und trocken. Seine Augen waren schwer und trübe. Stumm sah er vor sich hin. Sie rüttelte ihn auf. „So kenne ich Dich nicht, ängstige mich nicht, sprich Dich aus."

„Ich denke nach, wer mich bei Lore so verdächtigt hat, daß sie mich behandeln darf wie einen räudigen Hund."

Ein Blitz zuckte in ihren dunklen Augen.

„Lore? Deine Frau? Du hast sie gesehen?"

„Sie war hier." Er erzählte ihr. „Ich ruhe nicht eher, bis ich die Kanaille gefunden habe, die mir das getan. Ihr und mir." Er stützte seinen hämmernden Kopf auf die Fäuste.

Sie streichelte ihn wie einen kleinen Jungen.

„Sei ruhig, mein Brüderchen, Du wirst es verwinden. Wenn sie Dich so leicht freigibt, dann hat sie Dich auch nicht geliebt."

Er schüttelte sie von sich ab.

„Lore mich nicht geliebt? Was weißt Du davon. Sie war der einzige Mensch, der mir sein Herz und seine Reinheit gab."

„So laufe ihr doch nach," sagte die Kospotta leichthin.

Seine Stirn sank auf die Tischplatte.

Die breiten Nüstern der Kospotta blähten sich in grausamem Hohn.

„Geh, schlaf Dich aus," sagte sie mit übertriebener Zärtlichkeit. „Du bist überwacht und übermüdet. Morgen bist Du wieder frisch und froh und siehst die Welt mit anderen Augen an. Denke doch, Du bist reich und frei."

Er stand langsam auf. „Ich ruhe nicht eher, bis ich die Kanaille finde," wiederholte er.

„Wir werden sie finden," beruhigte sie ihn, „bestimmt, ganz bestimmt. Ich helfe Dir."

Sie küßte ihn.

Als sie allein war, knallten ihre Fingerspitzen gegeneinander, es klang wie ein Peitschenschlag.

Sorgsam barg sie ihren schwedischen Schatz in ihrer geheimen Kassette. Dann breitete sie triumphierend ihre Arme aus. „Dein Werk, Irma Kospotta. Du hast es gut gemacht. Die guten Geister werden weiterhelfen."

Und sie ging zu Hellriegel hinüber, mit dem sie die Nacht hindurch trank und mauschelte.

*

Martin saß in Robbes Bibliothek. Aber er las nicht. Er sah auf die dunklen Tannen hinaus, der feine Schnee auf ihren Zweigen glitzerte in der Abendsonne.

„Woran denken Sie, Martin?" fragte Gertraude, die in der anderen Ecke saß und seinem langen Blick, der nicht zurückfinden konnte, gefolgt war.

„An einen Flug zur Sonne," gab er zurück.

„Und dann sehen Sie so ernst aus?"

(Fortsetzung folgt.)

England Garantien wegen der „Sicherung" Frankreichs und Belgiens übernehme. Theunis sei bereit, am 16. Juli zu Verhandlungen nach London zu kommen.

Aus Berlin hört das „Echo de Paris", Herr v. Hoesch habe Stresemann geraten, die Militärkontrolle auf Grund der günstigen Nachrichten, die Herr v. Hoesch Stresemann gegeben habe, anzunehmen. Stresemann habe der deutschen Presse Mäßigung empfohlen. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" konstatiert diese Mäßigung auch, aber er glaubt nicht an die Dauer.

## Brüsseler Pressestimmen über Chequers.

Eine Brüsseler Korrespondenz der „Times" zählt die von belgischer Seite zu erwartenden Schwierigkeiten auf: Belgien bestehe einmal auf seiner Auffassung, daß die Räumung des Ruhrgebietes erst dann in Angriff genommen werden könne, wenn die in dem Sachverständigenbericht geforderten Vorkehrungen und Gesetze nicht nur durchgeführt, sondern auch schon in praktischer Wirksamkeit seien, so daß man sich von dem normalen Funktionieren dieser Einrichtungen überzeugen könne. Danach würde also der belgische Ministerpräsident in Übereinstimmung mit den in der Opposition stehenden französischen Kreisen fordern, daß zuerst wirkliche Zahlungen aus den neugeschaffenen Organisationen fließen, ehe die Räumung beginnt.

Ferner dürfte Belgien verlangen, daß die im Zahlungsplan der Sachverständigen ab 1928 vorgesehenen Annuitäten nicht höchstens, sondern mindestens 2,5 Milliarden Goldmark betragen sollten. Die von Deutschland gutgeheißenen belgischen Schätzungen haben ergeben, daß die Annuitäten unter Umständen ohne Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft auf drei Milliarden Goldmark erhöht werden könnten.

Besonders bezeichnend ist die letzte Bemerkung der Brüsseler Korrespondenz: „Unter den Fragen, die zwischen den Alliierten zu beraten sind, beschäftigt die Sicherheitsfrage die belgische Öffentlichkeit besonders, aber man läßt sich nicht durch einzelne telegraphische Meldungen aus London beeinflussen, sondern will hier von Herriot selbst über die Ergebnisse aufgeklärt werden, die er in der Unterredung mit Mac Donald erzielt hat, bevor man sich hier zu einem Punkt äußert. Man will jetzt nur wissen, daß in London nichts endgültig beschlossen worden ist."

## Von der Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

Gelegentlich dieser Tagung waren Vertreter des Deutschtums fast aus der ganzen bewohnten Welt versammelt, die alle ein Treugelöbnis zur deutschen Kultur und zur deutschen Heimat, dem schwergeprüften deutschen Vaterlande, ablegten. Auf dieser Tagung sprachen die verschiedensten Vertreter. Unsere deutschen Brüder des Baltenlandes interessieren uns vor allem. So sagte, wie die „Fr. Pr." berichtet, ein Balte aus Reval:

„Vor Jahrhunderten haben Deutschorden und Hansa uns ausgeschickt, daß wir den Brückenkopf des Deutschtums hielten. Ein Brückenkopf wird stets von Stürmen umkämpft, zweimal ist er gänzlich zerstört worden in früheren Jahrhunderten, das dritte Mal 1917/18. Aber wir wollen nicht klagen, wenn wir heute zum dritten Male wieder aufbauen. Was wir erleiden, ist im Vergleich zur großen deutschen Volksnot ja gering. Wir wollen ausharren. Unsere Arbeit umfaßt drei Gebiete: Kirche, kulturelle Fragen und Politik. Unsere Schulen haben wir dank der Aufopferung unserer Lehrer in schwersten Jahren erhalten können. Schulvereine sorgen durch alljährliche Sammlungen für ihr Fortbestehen. Bisher wurde uns die kulturelle Selbstverwaltung der Minderheiten nicht gegeben, jetzt aber haben wir es durchgesetzt, daß das Gesetz erledigt worden ist. Politisch bilden wir nur eine Partei. Ein Verband aller Vereine umschließt unser gesamtes Deutschtum. Ein Vorkämpfer des Deutschtums hat einmal gesagt, daß eine Mauer noch nicht gefallen und verloren ist, solange ein einzelner Mann sie noch verteidigt. Gott sei Dank sind wir noch 26 000 Deutsche; wir hoffen, die Mauer auch fernerhin zu halten, wenn Sie nur unser gedenken und wir das Bewußtsein haben, daß das Muttervolk um uns und unseren Kampf weiß."

Ein Auslandsdeutscher aus Riga:

„Im heutigen Lettland gab es vor dem Kriege 120 000 Balten, heute nur noch 65 000. Vor dem Kriege war der Russe unser Gegner, der uns durch Russifizierung von Schule, Kirche und Selbstverwaltung unser Volkstum nehmen wollte, unsere wirtschaftliche Entwicklung jedoch nicht hemmte. Der heutige Machthaber, die lettländische Bevölkerung, verfährt umgekehrt. Man gesteht uns das Recht auf eine gewisse kulturelle Selbstverwaltung zu, sucht uns jedoch wirtschaftlich zu erdrosseln. Industrie und Großgrundbesitz waren vor dem Kriege fast ausschließlich in deutschen Händen. Die Industrie wurde 1915 vernichtet, als deutsche Truppen näher ins Land rückten und die russische Heeresleitung befahl, die Fabriken zu schließen und die Maschinen abzubauen. Sie wurden auf Eisenbahnwagen verfrachtet und 100 Kilometer entfernt ausgeschüttet, wo sie heute noch liegen. Das andere wurde in die Luft gesprengt. Aber wir hatten noch den Grundbesitz. Der wurde aber so gründlich enteignet, daß heute nur etwa 1 Prozent des Bodens in deutscher Hand ist. Die Gegner jubeln: Nun ist dem Deutschen das Rückgrat gebrochen. Nein! Was man nicht enteignen kann, das ist unsere kulturelle Überlegenheit. Ich glaube fest, daß sie uns doch dahin führen wird, daß wir unser durch siebenhundertjährige Kulturarbeit erworbenes Recht wieder erobern. In dieser Hoffnung haben wir nach dem Abzug der Bolschewisten aus Riga versucht, an den Wiederaufbau zu gehen. Für unser Schulwesen lagen die Verhältnisse damals günstig. Es gelang uns, die Schulautonomie zu erlangen, das Recht, jedes Kind deutsch zu unterrichten. Die Schule wird von einer deutschen Behörde verwaltet. — Im vergangenen Jahre haben wir 42 Schulen ganz oder zum Teil aus privaten Mitteln erhalten müssen. Dabei haben wir doch noch eine private Hochschule, Fachschulen, alles aus eigenen Mitteln. 1923 haben wir für unsere Schulen 15 Millionen lettländischer Rubel, etwa 250 000 Goldmark, geopfert. Solange unsere Mutter Leid tragen muß, wollen wir, ihre Kinder, nicht um unsere Sorgen klagen. Vielleicht ist das ein Teil der Dankesschuld, die wir abzustatten haben."

## Tagung des deutschen Presseverbandes in Königsberg.

Von der Eröffnung dieser wichtigen Pressetagung berichteten wir schon an anderer Stelle. Außer den sachlichen Beratungen standen zahlreiche Besichtigungen des an historischen Erinnerungen und wirtschaftlichen Neueinrichtungen reichen Königsberg statt. Die „Hart. Ztg." sagt dazu:

„An die Besichtigung des Handelshofes mit seinem bewundernswerten Lichthof, seinen Ausstellerkabinen, Bureauräumen und dem oft angestaunten Paternoster-Aufzug, die dazu noch mit einer Besteigung des Dachgartens, von dem man einen vorzüglichen Ausblick über Königsberg hat, verbunden war, schloß sich gegen 1½ Uhr im Messe-Hauptrestaurant das von der Messe gegebene Mittagsmahl an.

Bei dieser Gelegenheit nahm Stadtrat Schäfer das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache und machte darauf aufmerksam, daß in Königsberg nicht nur geredet, sondern auch gearbeitet worden ist. Das beweisen Hafen, Flughafen und nicht zuletzt die Ostmesse. Indem Stadtrat Schäfer die verbreitete falsche Ansicht über Aufgabe und Wert des "Wirtschaftsinstituts für Rußland und die Oststaaten" widerlegte, zeigte er, daß das Institut keineswegs nur für Ostpreußen allein Bedeutung hat. Hier wird sämtliches erreichbare Material über Rußland gesammelt. Eine umfangreiche Kartothek enthält nahezu sämtliche osteuropäischen Handelsadressen, und dazu werden noch mit Eifer die russischen Dekrete und Gesetze gesammelt. Das Institut gibt über Fragen der Ostwirtschaft jedem einzigen die gewünschte Auskunft. Daraus schon geht hervor, daß nicht allein die Ostmesse, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft an diesem Institut interessiert ist. Wenn man bedenkt, daß die Ostmesse selbst Verlagsunternehmen ist und zwei Zeitungen herausgibt, so sagt das mehr als manche noch so schönen und redlichen Worte.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Freund-München, dankte und wünschte der Stadt sowie der Ostmesse, daß sie ihre Ziele vollkommen erreichen möge. Dem Oberbürgermeister, der trotz der Feier seines Geburtstages Zeit gefunden hatte, auch an diesem Tage unter den Reichsverbandsmitgliedern zu weilen, wurde gratuliert, nachdem Dr. Rauschenplat ihm hierfür den Dank der Teilnehmer ausgesprochen hatte. In launiger Weise folgte von Dr. Lohmeyer der Satz: „Der Oberbürgermeister dankt und trinkt."

Im Tiergarten wurde unter Führung von Prof. Dethleffen das Heimatmuseum besichtigt, und nach dem Kaffee, bei dem der Vorsitzende des Tiergartenvereins, Rechtsanwalt Dr. Wolff, Gelegenheit nahm, an die Männer von der Presse warme Begrüßungsworte zu richten, zeigte Direktor Meißner mit berechtigtem Stolz die Neuerwerbungen des Gartens.

Sonderwagen der Straßenbahn brachten die Gäste alsdann zur Grünen Brücke, von wo aus eine Dampferfahrt nach den Hafenanlagen und dem Haff unternommen wurde."

## Ein Institut für soziale Forschung an der Universität Frankfurt.

Nach einer Meldung der „D. A. Z." wurde am Sonntag im Beisein des Regierungspräsidenten Haenisch und von Vertretern der Universität das Institut für soziale Forschungen — eine Stiftung des Frankfurter Bürgers Dr. H. Weil — eingeweiht. Der Direktor des Instituts, Universitätsprofessor Dr. Grünberg, bezeichnet die neue wissenschaftliche Stiftung als ein Forschungsinstitut eigenster Art. Es wolle auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Forschung etwas Besonderes leisten und zum Ausdruck das bringen, was man Forschung und Lehre und als Befreiung der Forschung zu bezeichnen pflegt. Sicherlich würden viele Männer der Wissenschaft stärkere Dienste leisten, wenn sie auch sozial forschten. Der Redner legte ein rückhaltloses Bekenntnis zur marxistischen Lehre und materialistischen Geschichtsauffassung ab und legte in programmatischer Weise dar, wie er in diesem Sinne seine Aufgabe an dem Institut zu lösen gedenke und daß das Wort von der voraussetzungslosen Wissenschaft eine Phrase sei, während die marxistische Forschung eine eminent induktive sei. Das Institut wolle zu allen Fragen der sozialen Bewegung sich äußern und Sozialgeschichte in weitestem Sinne treiben.

## Deutsches Reich.

### Keine Klärung.

**Berlin**, 25. Juni. Wie der „Tag" meldet, lautet der letzte Bericht des deutschen Botschafters aus London an den Außenminister reichlich pessimistisch. In der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands, wenn es überhaupt zu den Londoner Verhandlungen hinzugezogen werden sollte, sei eine Klärung nicht erfolgt, und die Ergebnisse der Londoner alliierten Besprechungen ließen für Deutschland alle bisherigen Schwierigkeiten fortbestehen.

### Um die Micumverträge.

**Berlin**, 25. Juni. Die Ruhrindustriellen treffen Freitag in Berlin ein, um mit der Reichsregierung über die Verlängerung der Micumverträge zu beraten. In Kreisen der Ruhrindustriellen herrscht Unzufriedenheit darüber, daß die in der Konferenz vom 12. Juni vom Außenminister gegebenen Zusagen, direkte Verhandlungen des Reiches in Paris und Brüssel herbeizuführen, die eine nochmalige Verlängerung der Micumverträge unmöglich machen sollten, nicht eingehalten worden sind.

### Massenhaussuchungen im besetzten Gebiet.

**Mainz**, 25. Juni. Im ganzen besetzten Gebiet fanden am Sonntag und Montag durch die französische Besatzungsbehörde Massenhaussuchungen statt. Im Bezirk Mainz und Wiesbaden sind 36 Verhaftungen vorgenommen worden. Der Grund der neuen Polizeimaßnahme wurde nicht bekanntgegeben.

### Die Unerschwinglichkeit der Besatzungskosten.

**Karlsruhe**, 25. Juni. Einer Havasmeldung zufolge sind für Mai und Juni noch insgesamt 240 Millionen Goldmark für Besatzungskosten durch die deutsche Regierung ausständig. Die letzte deutsche Zahlung sei am 20. Mai geleistet worden. In einer Note sei Deutschland zur Zahlung bis Ende Juni aufgefordert worden, wenn es die aus dem Versailler Vertrag sich ergebenden Maßnahmen vermeiden wolle.

### 5 Milliarden Goldmark an Kohlen.

**Düsseldorf**, 25. Juni. Auf dem Düsseldorfer Provinziallandtag der Rheinprovinz wurde vom Oberpräsidenten bekanntgegeben, daß die Besetzung der Ruhr einschließlich des achtmonatigen Ruhrabwehrkampfes dem Staate Gesamtverluste von über 5 Milliarden Goldmark gebracht hat.

### Todessprung aus dem Flugzeug.

Am Sonntag wurde auf dem Flugplatz in Leipzig-Mockau ein Flugwettbewerb der Leipziger Luftschiffhafen- und Flugplatz-A.-G. veranstaltet. Für die Veranstaltung war auch das Luftschiffartistenehepaar Schindler gewonnen worden. Frau Schindler beabsichtigte mit ihrem Fallschirm abzuspringen. Nachdem die Maschine den Flugplatz umkreist hatte, machte sich die Artistin mit Hilfe ihres Gatten zum Sprung fertig. Etwa 400 Meter außerhalb des Flugplatzes stürzte sie aus ungefähr 100 bis 150 Meter Höhe in die Tiefe, um sich vom Westwind nach dem Flugplatz treiben zu lassen. Anscheinend ist die Höhe für einen Absprung zu niedrig bemessen worden. Erst etwa 30 Meter über dem Erdboden entfaltete sich der Schirm. Diese Entfernung genügte nicht, um die Sturzgeschwindigkeit abzumindern. Die Artistin schlug mit voller Wucht auf dem Boden auf und wurde schwer verletzt. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist sie gestorben. Es ist anzunehmen, daß der Vorfall Gegenstand eingehender Untersuchung sein wird.

## In kurzen Worten.

Zum Rektor der Wilnaer Universität für das Jahre 1924/25 wurde der Professor der Astronomie Wacław Dziemulski gewählt.

*

Der entthronte griechische König bemüht sich in Frankreich um Beschäftigung in Handelskreisen. Es ist doch gut, wenn man heute alles kann.

*

Wie ein Wochenblatt berichtet, beabsichtigt der ehemalige Präsident der französischen Republik, Millerand, seine Kandidatur für einen der freien Sitze in der Academie Française aufzustellen.

*

Das estnische Parlament hat auch den zweiten mit Deutschland abgeschlossenen Vertrag, der die mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen regeln soll, ratifiziert.

*

Die Sejmfraktionen des Wyzwolenie, der Jedność Ludowa und der P. P. S. haben an Herriot anläßlich der Übernahme der Regierung ein Glückwunschtelegramm gesandt.

*

Am 21. d. Mts. ist der neuernannte türkische Gesandte Ibrahim Tali Bey mit dem Gesandtschaftspersonal in Warschau eingetroffen.

*

Die Konferenz der Kleinen Entente beginnt am 11. Juli.

## Aus anderen Ländern.

### Mussolini beruhigt.

**Berlin**, 25. Juni. Die italienische Botschaft gibt auf Anfrage bekannt, daß die über Paris gemeldeten blutigen Zusammenstöße in Neapel, Mailand und Turin lediglich lokale Kundgebungen darstellen, die infolge nicht rechtzeitig verbotener kommunistischer Demonstrationen entstanden waren. In mehreren Fällen habe es Leichtverletzte, aber keine Schwerverletzte und keine Toten gegeben. Die Bevölkerung habe sich an den Demonstrationen fast gar nicht beteiligt. Ein Rücktritt des Kabinetts Mussolini sei auch nicht einen Augenblick erwogen worden, vielmehr sei Mussolini in Rom unverändert Gegenstand großer Ehrungen und erhalte aus dem ganzen Lande Beweise treuer Staatsgesinnung.

### Eine Huldigung Mussolinis.

**Karlsruhe**, 25. Juni. Die Pariser Expreß-Agentur meldet aus Rom: Völlig unerwartet ist in Italien wieder Beruhigung eingetreten. Die sozialistischen Zeitungen geben jetzt zu, daß Mussolini nichts mit den Mordtaten von Parteimitläufern zu tun habe. In Rom kam es Montag abend zu einer großen Massenhuldigung für Mussolini, die in einem Fackelzug vor der Wohnung Mussolinis ihren Abschluß fand.

### Vom „Weltabrüsten"!

**Wien**, 25. Juni. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat die Skuptschina einstimmig eine Regierungsvorlage angenommen, die die Vermehrung der Kriegsflotte um 12 Einheiten verlangt, und zwar mit der Begründung, daß die allgemeine politische Lage eine erhöhte Kriegsbereitschaft Südslawiens zur Pflicht mache.

### General Nollets Reden an die französische Nation.

**Karlsruhe**, 25. Juni. Die „Straßb. Neue Zeitung" meldet aus Paris: Kriegsminister Nollet hielt am Sonntag eine Rede in St. Cloud. Er betonte die Notwendigkeit, eine Wiederholung des Krieges von 1914 unmöglich zu machen durch strenge Überwachung Deutschlands und durch Verstärkung der französischen Streitkräfte am Rhein. Nollet wird jetzt allsonntäglich Reden an die französische Nation halten.

### Einigkeit.

**Köln**, 25. Juni. Der Brüsseler „Soir" meldet über die Brüsseler Besprechungen zwischen Theunis und Herriot, daß sie u. a. die Aufrechterhaltung aller zwischen Belgien und Frankreich bestehenden Sonderabkommen gebracht haben, darunter auch das Abkommen über die gemeinsame Ruhrausbeute bis 1934.

## Letzte Meldungen.

### Ueber das „Ergebnis" in Chequers.

**Köln**, 25. Juni. Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus London: Herriots und Mac Donalds Besprechungen haben nach allgemeiner Feststellung der führenden Londoner Zeitungen alle schwebenden Fragen vertagt. Von der Aufhebung der Ruhrbesetzung ist nichts mehr zu hören. Da die große alliierte Konferenz erst in der zweiten Hälfte des Juli in London stattfinden wird, so sind kaum vor September Entscheidungen der alliierten Mächte zu erwarten. Die „Morningpost" schreibt, das einzige Ergebnis der Besprechungen sei, daß die Expertenbeschlüsse vor Zusammentritt der alliierten Konferenz von Deutschland restlos angenommen sein müßten.

### Macdonalds Zufriedenheit.

**Köln**, 25. Juni. Der „Telegraf" meldet aus London: Mac Donald hat am Montag Vertreter der Arbeiterpartei empfangen. Er erklärte sich von dem Ergebnis der Besprechung mit Herriot sehr zufrieden. Der Frieden in Europa sei nur mit Frankreichs Zustimmung herzustellen und die vollständige Wiedergutmachung der Kriegsschäden Frankreichs sei Voraussetzung jeder weiteren Aussprache mit Deutschland. Mac Donald sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland die Zahlungen des Dawesplanes pünktlicher erfüllen möchte, als die früheren Zahlungsverpflichtungen. — Der „Courant" meldet aus London: Mac Donald scheint durch Herriot vollständig in französisches Fahrwasser geraten zu sein. Die Berichte in den „Times" und der „Morningpost" lassen keinen Zweifel mehr daran.

### Auch Nollet kommt nach Brüssel.

**Köln**, 25. Juni. Der Brüsseler „Soir" bestätigt in einem Londoner Telegramm seines Korrespondenten, daß die vollständige Einigkeit zwischen Herriot und Mac Donald sich auf alle Fragen bezogen habe, die die Politik gegen Deutschland beträfen. Die Gemeinsamkeit in der militärischen Besetzung weiterer deutscher Gebietsteile sei auch in London ausgesprochen, wenn Deutschland seine neuen Verpflichtungen ebenso wenig erfülle, wie Rathenau und Wirth ihre berüchtigten Sonderabkommen unerfüllt gelassen haben, die mit dem Vorbehalt der Nichterfüllung abgeschlossen worden wären. — Aus Brüssel kehrt Herriot heute abend nach Paris zurück. Kriegsminister Nollet wird am Sonnabend in Brüssel erwartet.

## Bilanz am 31. Dezember 1922.

| Aktiva. | M | Passiva. | M |
|---|---|---|---|
| Kassenbestand ....... | 1 823 985,— | Geschäftsguthaben d. Gen. . | 89 774,17 |
| Geschäftsguthab. b. P.G.K.P. | 10 000,— | Reservefonds ....... | 20 360,— |
| Ausstand in lfd. Rechn. b. Gen. | 6 969 995,28 | Betriebsrücklage ..... | 18 000,— |
| Wertpapiere ......... | 143 800,— | Spareinlagen ....... | 6 950 649,12 |
| Guthaben in lfd. Rechnung bei P. G. K. P. .... | 10 635 250,— | Schulden in laufender Rechnung bei Genossen ... | 12 714 402,86 |
| Inventar ......... | 1,— | Steuerfonds ....... | 24 476,98 |
| Andere Banken ...... | 12 386,20 | Kapitalertragssteuer .... | 40 694,18 |
| überzahlte Spareinlagen .. | 151 659,26 | | |
| Verlust ......... | 111 280 57 | | |
| | 19 858 357,31 | | 19 858 357,31 |

Zahl der Genossen Anfang 1922: 93. Zugang: 4. Abgang 26.
Zahl der Genossen Ende 1922: 71.

Rogoźno, den 16. Mai 1923.

**Spar- und Darlehnskasse,** Sp. z. z nieogr. odp.
Hugo Ballert. Leopold Hoffmann.

## Bilanz am 31. Dezember 1923.

| Aktiva. | M | Passiva. | M |
|---|---|---|---|
| Kassenbestand ....... | 42 564 707,— | Geschäftsguthaben der Gen. | 99 774,— |
| Geschäftsguth. b.d.P.G.K.P. | 10 000,— | Reservefonds ...... | 20 360,— |
| Ausstand in lfd. Rechnung bei Genossen ..... | 316 664 878,— | Betriebsrücklage ..... | 18 000,— |
| Wertpapiere ...... | 1,— | Spareinlagen ....... | 392 149 064,— |
| Guthaben in lfd. Rechnung b. d. P. G. K. P. ... | 136 013 000,— | Schuld in lfd. Rechnung . | 53 010 784,— |
| Inventar ....... | 1,— | Rückst. Verwaltungskosten . | 40 000 000,— |
| Fremde Banken ..... | 1,— | Reingewinn ....... | 10 312 267,— |
| Beteiligung bei der Hauptgesellschaft Posen ... | 100 000,— | | |
| überzahlte Spareinlagen . | 257 661,— | | |
| | 495 610 249,— | | 495 610 249,— |

Zahl der Genossen Anfang 1923: 71. Zugang: —. Abgang: 2
Zahl der Genossen Ende 1923: 69.

Rogoźno, den 21. Juni 1924.

**Spar- und Darlehnskasse,** Sp. z. z nieogr. odp.
Hugo Ballert. Leopold Hoffmann.









## Spielplan des Großen Theaters.

**Donnerstag,** den 26. 6., 7½ Uhr: **„Tannhäuser"**, Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.
**Freitag,** den 27. 6., 7½ Uhr: **„Mignon"**, Oper von Thomas.
**Sonnabend,** den 28. 6. 7½: **„Madame Pompadour"**, Operette von Leo Fall.
**Sonntag,** den 29. 6., **„Carmen"**, Oper von Bizet.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.

### Verschiedenes

**Freiwillige Versteigerung.**

Am **Donnerstag, d. 3. Juli 1924** werde ich **nachmittags 12 Uhr 30 Min.** auf Station **Biadki:** (8049
**263,21 Fm. Rundeichen** 50 cm. Durchmesser u. aufwärts, aus Los Nr. 2 und 3 der Submissionsliste des Fürstlich-Thurn und Taxis'schen Forstamtes v. 14. 3. 24 **meistbietend gegen Barzahlung frei Waggon Biadki ausfuhrfrei verkaufen.** Käufer hat das Recht, von den auf dem Bahnhof **Biadki lagernden** 379,96 fm obigen Eichenholzes sich die besten 263,21 fm auszusuchen.
Bieter haben bei mir 1000 Złoty Kaution zu hinterlegen.
**Krotoszyn,** d. 26. 6. 1924.
**Wdowczyk,**
Komornik sądowy w Krotoszynie.

# Der Deutsche Evangelische Kirchentag.

epv. **Bethel-Bielefeld**, 17. Juni.

Heute wurde nach dreitägigen überaus inhaltsreichen Verhandlungen der vom 14.—17. Juni hier versammelte erste verfassungsmäßige Deutsche Evangelische Kirchentag geschlossen. Außer den fast vollzählig eingetroffenen 210 Abgeordneten des Kirchentages aus dem ganzen Reiche, auch aus den besetzten und abgetretenen Gebieten, waren 50—60 Mitglieder des Kirchenbundrates, der gleichfalls zum ersten Male zusammentrat, und zahlreiche Führer evangelischer Auslandskirchen, Deutsch-Österreich, Tschechoslowakei, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Schweiz, England, Schottland zugegen. Von Reichsinnenminister Dr. Jarres und Kultusminister Dr. Boelitz waren gehaltvolle, die Bedeutung dieses ersten Kirchentages verständnisvoll würdigende Begrüßungsschreiben eingegangen.

Nicht mit Unrecht hat man diese Tagung als ein kirchengeschichtliches Ereignis genannt. Nachdem der Deutsche Kirchenbund am Himmelfahrtstag 1922 durch den Zusammenschluß sämtlicher 28 deutschen Landeskirchen mit fast 40 Millionen Evangelischer rechtskräftig ins Leben getreten ist, bedeutet diese erste Tagung seines parlamentarischen Vertretungsorgans den Schlußstein auf dem langen Wege der kirchlichen Einheitsbewegung in Deutschland und zugleich durch die gefaßten weitgreifenden Beschlüsse den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte des deutschen Protestantismus.

Die feierliche Eröffnungspredigt hielt ein Vertreter der besetzten Gebiete, Generalsuperintendent D. Klingemann-Koblenz. Zum Präsidenten des Kirchentages auf 6 Jahre wurde einstimmig D. Freiherr von Pechmann-München, Direktor der Bayerischen Handelsbank, gewählt, zu Vizepräsidenten D. Wolff-Aachen, Präses der rheinischen Provinzialsynode, und Pfarrer Dr. Luther-Berlin-Charlottenburg.

Der Kirchentag, dem mit dem Kirchenbundsrat zusammen die gesetzgebende Gewalt im Kirchenbund zukommt, hatte einmal eine Reihe wichtiger gesetzgeberischer Arbeiten zu erledigen. Das erste Bundesgesetz überhaupt, das die Bundesorgane beschäftigte, und vom Kirchentag einstimmig ohne Aussprache angenommen wurde, war ein Entwurf über die Angliederung der Evangelischen Brüderunität an den Deutschen Kirchenbund. Damit übernimmt der Kirchenbund, der bisher nur Landeskirchen umschloß, die Vertretung der gemeinsamen evangelischen Interessen auch für eine nicht landeskirchlich organisierte deutsche Kirchengemeinschaft.

Weitgreifender noch und von stärkster kirchlicher wie nationaler Bedeutung ist das Auslandsgesetz, das der Kirchentag in seiner Schlußsitzung unter lebhafter Bewegung des Hauses nahezu einstimmig verabschiedete. Dieses Gesetz schafft die rechtliche Grundlage für den Anschluß deutscher evangelischer Kirchen, Kirchengemeinden und Geistlicher außerhalb Deutschlands an den Kirchenbund. Der durch den Krieg so schwer erschütterte kirchliche Auslandsdienst wird dadurch auf eine einheitliche tragfähige Grundlage gestellt.

Als Wortführer des deutschen Protestantismus nahm der Kirchentag sodann im Anschluß an zwei programmatische Vorträge von Geh. Konsistorialrat Prof. D. Titius-Berlin über „Evangelisches Ehe- und Familienleben und seine Bedeutung für die Gegenwart" und Prälat D. Dr. Schoell-Stuttgart über „Der evangelische Berufsgedanke und das Arbeitsleben der Gegenwart" zu den brennenden sozialen Gegenwartsfragen Stellung. Nach mehrstündigen Erörterungen, an denen sich hervorragende Vertreter aller Gruppen beteiligten, wurde einstimmig eine Kundgebung an das deutsche evangelische Volk beschlossen, die sich insbesondere mit der furchtbaren Verschärfung der sozialen Gegensätze beschäftigt. Der Kirchentag bittet die Arbeiter, für deren äußere und innere Not er sein volles Verständnis bekundet, sich dem nicht zu verschließen, was die schwere wirtschaftliche Lage von allen Volksgenossen zwingend fordert, die Mitverantwortung für das Volksganze nicht zu vergessen, aber auch von falschen Schlagworten sich frei zu machen, wie dem, daß das Christentum eine Partei- oder Klassensache sei; die Arbeitgeber, sich vor einer Ausnützung ihrer Macht gegenüber wirtschaftlich Schwächeren zu hüten, vielmehr bis an die Grenze der Möglichkeit Opfer zu bringen, um nicht ohne Not Arbeiter brotlos werden zu lassen, nicht unnötig die Arbeitszeit heraufzusetzen oder den Lohn herabzudrücken.

Zwischen die angespannte Arbeit der Ausschüsse und der Plenarversammlung hinein brachte der Sonntag, einer eingewurzelten Festessitte des Orts entsprechend, ein Posaunenfest im Walde, an dem 800 Bläser und mit den Mitgliedern des Kirchentages etwa 20 000 Festgäste aus Bethel-Bielefeld und dem Ravensberger Land sich beteiligten. Der letzte Sitzungstag vereinigte dann in der Morgenfrühe die Mitglieder des Kirchentages zu einer Weihefeier an der Grabstätte Friedrich von Bodelschwinghs, des genialen Begründers der Bethelschen Anstalten, in deren Mitte der Kirchentag eine gastliche Aufnahme gefunden hat.

---



---

# Aus Stadt und Land.

Posen, den 26. Juni.

## Eine Stadtverordneten-Dauersitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung zog sich bis nach Mitternacht hin und war zum größten Teile der **Hauptaussprache über den Haushaltsvoranschlag** der Stadt gewidmet, der mit einigen Änderungen nach den Vorlagen des Magistrats angenommen wurde. Ferner wurde eine ganze Reihe anderer Punkte erledigt. So wurde zum Beispiel der Straßenbahntarif mit Gültigkeit vom 1. Juli auf 15 Groschen für die Einzelfahrt festgesetzt.

Die Sitzung begann mit der Einführung eines neuen Stadtverordneten und verschiedenen Mitteilungen, worauf Stadtv. Wybieralski den

**Haushaltsbericht**

erstattete.

Zur Deckung des Fehlbetrages ist in erster Linie die Hundesteuer herangezogen worden. Die Hundebesitzer werden nicht, wie anfangs geplant war, 67 000 Złoty, sondern ungefähr 122 000 Złoty zu zahlen haben. Die Wohnungssteuer indessen ist nicht erhöht worden. Eine Reihe von Änderungen wurde in der allgemeinen Verwaltung, im Schulwesen, im Armenetat und einigen anderen Haushaltspositionen vorgenommen.

**An der Hauptaussprache**

beteiligten sich vier Redner, und zwar die Stadtverordneten Paczkowski vom Rechtsblock, Buggel von der Christlichen Demokratie, Dr. Stark von der Nationalen Arbeiterpartei und Śniady von den Sozialdemokraten.

Stadtv. **Paczkowski** wies u. a. auf die Beschwerden über den Dienst der Polizei, ferner auf die finanziell nutzbringende Tätigkeit der Theater hin, deren Budget im Gegensatz zum Vorjahre in großer Harmonie angenommen worden sei. Bei der Besprechung der Park- und Gartenverwaltung machte der Redner einen Hinweis darauf, daß der Eichwald, mit dem man große Pläne vorhatte, verfalle, ferner daß das Mitgliedsinteresse hinsichtlich des Unternehmens des Zoologischen Gartens zu wünschen übrig lasse. Was die Arbeitslosigkeit betreffe, so könne er mit Genugtuung feststellen, daß es damit noch nicht so schlimm bestellt sei, und daß der Magistrat viel getan habe, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Stadtv. **Buggel** erklärte, daß man sagen könne, daß das Budget ausgeglichen sei, und verglich es dann mit einer Wohnung, in der die notwendigsten Möbel vorhanden sind, wobei es sich wohnen und leben ließe, wenn auch noch nicht alle Bedürfnisse befriedigt seien. Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte der Stadtverordnete an die Adresse des Magistrats den Wunsch, seine Arbeitsverteilung anders zu gestalten. Die Umgestaltung soll darin bestehen, daß den unbesoldeten Stadträten eine aktivere Rolle zugewiesen werde. Ferner verlangt der Redner eine frühzeitige Revision des Baugesetzes und betont bei der Besprechung des Schuletats die Notwendigkeit eines Kommunalgymnasiums.

Stadtv. Dr. **Stark** stellte vor allem mit Bedauern fest, daß der Stadtpräsident Ratajski an einem so wichtigen Tage wie dem der Hauptaussprache über den Stadthaushaltsvoranschlag nicht zugegen sei. Das Budget ist nach der Meinung des Redners irreal, läßt aber hoffen, daß Zeiten normaler Arbeit kommen werden. Bei der Steuerbelastung sollten die unbemittelten Kreise geschont werden. Die gerechteste Steuer sei die Einkommensteuer, und hier sollte sich die Stadt um eine Änderung des betreffenden Gesetzes bemühen. Die Gebäudesteuer müsse die zulässige Höchstgrenze erreichen, da die Hausbesitzer nur die Rente verloren hätten, während die Besitzer von Pfandbriefen, Hypotheken und Depositen Rente und Kapital eingebüßt hätten. Der Redner charakterisierte dann an einem Beispiel die betriebene Steuerpolitik. Bei der Besprechung des Schuletats wies er auf den gegenwärtig geringen Einfluß der Stadtgemeinde in Fragen des Schulwesens hin. Über die Kulturstufe eines Volkes, deren Hebung zu den Hauptaufgaben der Regierung, wie der Selbstverwaltung gehöre, entscheidet nicht die Zahl der Bürger mit der Kenntnis der fremden Sprachen, sondern die Zahl der Analphabeten. Die Volksschule sei die Grundlage der Kultur und müsse der Gemeinde in gleichem Maße am Herzen liegen, wie die Mittelschulen, die zum 1. September, wie man hört, aus dem Staatsbudget gestrichen werden sollen. Im Zusammenhange mit den städtischen Arbeiten verlange er, Dr. Stark, daß die Wierzbięcice (fr. Bitterstraße), die ul. Łazarska (fr. Lazarusstraße) zwischen der Kirche und Gurtschin und die Rybaki (fr. Fischerei) von der ul. Kwiatowa (fr. Blumenstraße) bis zu den Wały Jagiełły (fr. Karmeliterwall) ausgebessert werden. Die Aktion hinsichtlich der Arbeitslosen, deren Zahl 2500 bis 3000 (darin 1200 bis 1500 Bürger der Stadt Posen) betragen soll, werde zu säumig geführt. Der Redner schloß mit der Feststellung, daß seine Partei mit dem Magistrat zum Wohle der Stadt und des Landes, wie bisher, auch weiterhin zusammenarbeiten werde, getreu der Überzeugung, daß das Fundament des sozialen und nationalen Lebens die arbeitende Klasse sei.

Der letzte Redner der Hauptaussprache war der sozialistische Stadtverordnete **Śniady**, der das Budget scharf kritisierte. Er erklärte u. a., daß der Magistrat in der Frage der Arbeitslosigkeit nichts tue, und daß die Position der Armenfürsorge zu niedrig bemessen sei.

Nach der anberaumten Pause gab Bürgermeister Dr. **Kiedacz** den Rednern verschiedene Aufschlüsse und trat u. a. den Vorwürfen gegen die Polizei entgegen.

**Die eingehende Aussprache**

wurde in beschleunigtem Tempo erledigt. Zum Schuletat wurden zwei Entschließungen angenommen, von denen die eine sich für die Wiederherstellung entsprechenden Einflusses der städtischen Körperschaften auf das Schulwesen einsetzt. Die zweite Entschließung tritt dafür ein, daß die geplante Streichung der Mittelschulausgaben im Staatsbudget unterlassen wird, da die gänzliche Unterhaltung dieser Schulen durch die Stadt unmöglich sei.

Nachdem darauf das Budget en bloc mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen war, ging man zur Erledigung der übrigen Beratungspunkte über.

Zunächst wurden die neuen Satzungen über die Erhebung der Hundesteuer bestätigt, worauf die Stadtverordnetenversammlung den

**Straßenbahntarif**

in Höhe von 15 Groschen für die Einzelfahrt mit Gültigkeit vom 1. Juli festsetzte. Ein Einräumungspassus zu dieser Vorlage, der die Abgabe eines Groschens für den Bau neuer Linien an die Stadt verlangte, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Von den übrigen Vorlagen, die zur Annahme gelangten, sei die Vorlage über den

**Bau der Dombrücke**

erwähnt. Nach einer Mitteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten widersetzt sich das Ministerium nicht der geplanten Erweiterung auf 14 Meter mit dem Vorbehalt, daß die dadurch vergrößerten Kosten, sowie die Kosten der architektonischen Verzierungen vom Magistrat aus eigenen Mitteln gedeckt werden. Der Staatsanteil ist durch das Breitenverhältnis von 8,4 : 14 bedingt. Der Staat trägt also 60 Prozent der Brückenbaukosten, während die übrigen Kosten vom Magistrat zu bestreiten sind. Das Verhältnis von 8,4 : 14 ergibt sich aus der für eine auf Staatswegen gelegene Brücke festgesetzten Breite von 8,40 Metern und der projektierten Erweiterung auf 14 Meter.

Der Vorsitzende der Versammlung, Stadtv. Hedinger, schloß die Rekordsitzung, die ungefähr 5½ Stunden gedauert hatte, mit der Mitteilung, daß die Stadtverordnetenversammlung in die Ferien trete. Diese dauern bis zum 15. August oder 1. September.

## Beendigung eines Streites über das Besitzrecht eines Rittergutes.

**Das Rittergut Naramowice** bei Posen gehörte **bekanntlich der Ansiedlungskommission** und sollte aufgeteilt werden. Infolge der **politischen Umwälzungen** fiel das Rittergut an den polnischen Staat. Nach der **polnischen Verordnung** bezüglich des Erweiterungsausbaus der Städte liegt das **Rittergut** im Interessenbereiche der Stadt und gehört ihr. Auf dieser **Grundlage** entstand ein Streit zwischen Stadt und Regierung, der im Herbst v. Js. zugunsten der Stadt entschieden wurde. Da die **Übereignungsformalitäten**, die der Auflassung vorangehen, längere Zeit in Anspruch nehmen, half man sich durch einen Ausweg, und

---

# Die Erschütterung in Italien.

(Von unserem ständigen römischen Korrespondenten.)

Eb. **Rom**, 19. Juni.

Die Zensur war nicht gut beraten, als sie den römischen Vertretern der ausländischen Presse den Draht abschneiden oder ihre Telegramme zurückhalten und verstümmeln ließ. Konnte man eine solche Maßnahme bei der faszistischen Revolution begreifen, weil schließlich niemand wußte oder zu wissen brauchte, wo der „Marsch auf Rom" enden würde, so schadete sich der Faszismus diesmal mit der Bremse selber. Vielleicht wurde damit die Verbreitung falscher Darstellungen im Ausland unterbunden, sicher aber den wildesten Gerüchten Tür und Tor geöffnet. Das beweisen ja zur Genüge die faszistenfeindlichen Demonstrationen in Frankreich, die wüsten Schimpfkanonaden der sozialistischen Presse in Deutschland und die Unterhausdebatte mit Mac Donalds komischem Knopfabzählen, ob Italien sich beleidigt fühlen dürfe oder nicht. Statt sich nun darüber indigniert zu zeigen, hätte man in Rom wahrlich besser daran getan, den ernsthaften Nachrichtendienst zu unterstützen.

Die Lira stürzte gerade deshalb, weil die internationale Börse aus dem Ausbleiben genauer Nachrichten auf schwere Erschütterungen in Italien schließen mußte, weil niemand wußte, was im Lande vorging und die Oppositionspresse eine Sprache führen darf, die noch gestern mit dem Zungeneisen erstickt worden wäre. Die einreisenden Fremden gerieten sofort in einen Schwarm dunkler Worte, unklar ausgesprochener Befürchtungen, die Ausreisenden wurden einer scharfen persönlichen Kontrolle unterzogen. Der faszistische Staat machte Jagd auf die bekanntesten Faszisten, stand eine Umwälzung bevor? Man muß es heute noch fragen. Ein bekannter italienischer Journalist wurde wenige Schritte von der Schweizer Grenze entfernt verhaftet, Torpedoboote fischten einen anderen auf, der auf einem Motorboot die französische Küste zu erreichen suchte. Es war der Direktor des offiziösen römischen Morgenblattes, des „Corriere Italiano", des kühnsten faszistischen Schrittmachers. Da und dort flackerten Streikversuche auf, Zeitungshaufen gingen in Flammen auf, die Zusammenstöße häufen sich in gleichem Maße, wie sich die Geister scheiden. Legionen von faszistischer Miliz in voller Kriegsrüstung durchziehen heute die Straßen der Hauptstadt, biwakieren in den Außenquartieren — nur zur Ehre des Herrschers von Äthiopien, des Ras Tafari, wie das Generalkommando versichert. Der hohe Herr kommt allerdings zu etwas ungelegener Stunde. Mussolini ist sehr beschäftigt.

Es wäre töricht, zu leugnen, daß ein Gewitter am römischen Himmel aufgezogen ist. Es blitzt und kracht an allen Ecken. Die Zeitungen dürfen von einer sehr ernsten Lage schreiben. Sie haben überhaupt für nichts anderes mehr Sinn und Platz. Vom Publikum, das die Kioske belagert, werden sie den heranlaufenden Radfahrern aus den Körben gerissen. Und jede Nummer berichtet, daß der Leichnam Matteottis noch nicht aufgefunden wurde, und stündlich steigt damit eher die Erregung, als daß sie abklingt. Vor einem schwarzen Kreuz am Tiberufer, der Stelle des wahnwitzigen Menschenraubes, passiert unaufhörlich das Volk und läßt Blumen niederfallen. Erschütternd die Szene vor der kleinen Kirche Maria del Popolo, als die Hinterbliebenen des Ermordeten, drei schmerzensreiche Frauen, Mutter, Gattin und Schwester, nach der Trauermesse heraustreten unter die mitleidige Menge. Plötzlich stürzt die Schwester auf einen vorübergehenden Offizier, küßt seine Kriegsauszeichnungen und fordert von ihm mit einer sinnlos-ergreifenden Logik, weil er ein Held sei, die Rückgabe des Toten. Und die junge Frau schreit auf: Ich will keine Rache, ich will meinen Mann! Er gehört mir! Sucht seine Leiche, bringt sie mir, sucht, sucht! Darauf wankt sie zum Papst . . .

Das ist das Schlimme, daß dieser sozialistische Führer nicht die Ruhe des Friedhofs finden kann und daher in tausendfacher Märtyrergestalt umgeht. Warum sprechen die gefaßten Attentäter nicht? Bei jenem Dumini, einer dunklen Persönlichkeit, wurden Revolver und blutiger Stahl, blutige Kleidungsstücke und Fetzen der während des Kampfes zerrissenen Wandbekleidung des Automobils gefunden. Man sagt, er habe zwölf Auftragsmorde zugestanden — die faszistische Tscheka ist heute in aller Mund. Dabei war Dumini wegen seiner Unzuverlässigkeit und Aufschneiderei schon aus dem Kriege bekannt. Seinem Heldenmut verdankt ein italienischer Siegesbericht die Eroberung eines Forts auf dem Col di Lana, welche Tat der damalige Unteroffizier nicht nur durch Aufpflanzung der Trikolore, sondern auch durch photographische Aufnahmen „bewies". Leider wurde die nachrückende Kompagnie durch feindliches Feuer aus dem gleichen Fort zurückgeworfen und der Eroberer mußte gestehen, daß er nur einen friedlichen Erdhügel geknipst hatte. Und solche Leute wählte man für den grandiosen Matteotti-Coup aus!

Frage: Wer wählte sie aus? Wer hat die Mörder gedungen? Wo laufen die Fäden zusammen? Wer gab das Geld?

Auf der Suche nach einer seiner Natur entsprechenden ehrlichen Antwort geriet Mussolini in einen Sumpf, von dessen Existenz er keine Ahnung hatte. Mit Arbeit überlastet wie kein anderer Staatsmann unserer Tage, Diktator, Ministerpräsident, sein eigener Minister des Äußern und Innern, als Haupt des faszistischen Staates keine Ruhe kennend, weil keiner Repräsentationsverpflichtung ausweichend, konnte er seine Augen nicht überall haben, vertraute gewissen Höflingen und findet dieses Vertrauen nun schmählich mißbraucht. Das Attentat, dessen Bedeutung offenbar außerhalb Italiens nicht sofort in dem ganzen gewaltigen Ausmaß einer Staatskrisis erkannt wurde, hatte eine Wirkung ähnlich derjenigen von Serajewo. Es löste nur eine schon vorhandene Hochspannung aus. Aber wenn der Weltkrieg nicht das „reinigende Gewitter" war, wie man im Anfang annehmen mochte, so erhoffte wenigstens Italien jetzt eine solche Folgeerscheinung. Mag sein, daß der Riesenbau des Faszismus unter den Rammstößen dieser Staatsaffäre, die etwas an den amerikanischen Petroleumskandal erinnert — um so mehr, als ja auch hier unsaubere Ölfinger im Spiele sind —, schwankte, andererseits brachen auch jene Stuckmauern vor Mussolini zusammen, die ihm den freien Blick wehrten. ersten Tagen laut gewordenen Befürchtungen, man werde vor bestimmten hohen und höchsten Stühlen Halt machen, erfüllten sich nicht. Mussolini selbst war es, der seinen Staatssekretär Finzi zwang, seine Demission einzureichen. Finzi gehörte zu den Gründern des „Corriere Italiano", über dessen Finanzierung bisher unwidersprochene Gerüchte umlaufen, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. Freilich schlägt das angegriffene Blatt nicht minder heftig zurück und wirft seinem Hauptkonkurrenten, dem gleichfalls am Morgen herauskommenden „Messaggero" vor, von einer Bande gekauft zu sein, die öffentliche Gelder veruntreue. So zieht die Geschichte immer weitere Kreise. Die linksstehende Presse kann man überhaupt nicht ohne Gefahr zitieren.

**(Soeben höre ich, daß der „Corriere Italiano", da die amtliche Unterstützungsquelle versiegte, sein Erscheinen einstellen mußte.)**

Die glänzendsten Sterne am faszistischen Himmel verblassen und erlöschen plötzlich. Cesare Rossi, der bisher allmächtige Kabinettschef und Leiter von Mussolinis Pressebureau, entzog sich einem Haftbefehl durch die Flucht. Der römische Polizeichef wurde seines Postens enthoben, ja sogar General de Bono, der die oberste Gewalt im Sicherheitswesen verkörperte und dem ersten Quadrumvirat angehörte. Der Generalsekretär und Geschäftsführer der faszistischen Partei, Marinelli, wanderte ins Gefängnis. Die Haftbefehle jagen sich. Mussolini geht alles viel zu langsam, er verlangt Licht, volles Licht, und schlägt mit der Faust auf den Tisch, um seine Befehle zu unterstreichen. Nun bricht eine seiner Naturen aus ihm, die in dieser merkwürdigen Persönlichkeit vereinigt sind, das Napoleonische, Rücksichtslose, das keinen Freund von gestern schont.

Um mehr Ellbogenfreiheit zu bekommen, ernannte er Federzoni, einen der fähigsten Köpfe, zum Innenminister, dem ersten unter seiner Herrschaft. Federzoni erließ sogleich an alle Präfekten ein geharnischtes Rundschreiben, das ihnen die Aufrechterhaltung der Ordnung mit allen Mitteln zur Pflicht macht. Ob er durchdringt?

Die Gärung im Lande wächst. Ein Manifest klebt auf dem anderen. Das Parlament ist ohnedies vertagt. Die Popolari steigen in die Arena und wettern in ihrer Presse leidenschaftlicher als von der Kanzel herab. Man hört von einem Zusammenschluß der Opposition. Die Umstürzler wittern Morgenluft. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn sie glauben sollten, ihre Stunde sei gekommen.

Gustav W. Eberlein.

die Regierung überließ der Stadt das Rittergut pachtweise. Jetzt sind, wie der „Dziennik“ erfährt, die Vorbereitungen soweit getroffen, daß die Auflassung schon in den nächsten Tagen erfolgen kann und das Rittergut alsdann in den unbeschränkten Besitz der Stadt übergehen werde.

## Erhöhung der Gewerbescheine.

Wie uns die Steuerberatungsstelle „Labura“ mitteilt, ist die Verordnung des Ministerpräsidenten vom 12. April 1924 (Dz. Urz. R. P. Nr. 33) über die Erhöhung der Gewerbescheine und Registrierkarten durch Verordnung des Finanzministers dahingehend abgeändert worden, daß die zu leistende Nachzahlung in zwei gleichen Raten bis zum 30. Juni und 20. August d. Js. erfolgen kann.

## Landwirtschaftlicher Kongreß in Warschau.

Dieser Tage fand die erste Tagung aller landwirtschaftlichen Berufsorganisationen in Polen statt. Von den deutschen Berufsorganisationen war nur der Landbund Pommerellen durch den Vorstand v. Detmering-Falkenhorst, Hasbach-Hermanowo und Moritz-Folwarck Kijewski, vertreten.

Aus der Fülle des den einzelnen Sektionen zur Beratung vorgelegten Materials sind ganz besonders hervorzuheben die Entschließungen 1. über Handelspolitik und Landwirtschaft: Verlangt wird Abbau der Ausfuhrbeschränkungen landwirtschaftlicher Produkte sowie der Ausfuhrabgaben, Revision des Zolltarifs, Mittel und Wege zur Vermeidung der ungebührlichen Spannung zwischen dem Erzeugerpreis und dem von dem Konsumenten gezahlten Preise. 2. Steuern und Landwirtschaft: Verlangt wird Vereinheitlichung der Steuererhebung durch Abbau der zahlreichen verschiedenartigen Steuern, insbesondere bei den Kommunalsteuern. Die Zahlungstermine sollen den Jahreszeiten angepaßt werden, in denen der Landwirt Geld einnimmt. 3. Kredit und Landwirtschaft: Darin wird des Hilfe des Staates angerufen, der durch Regelung des Hypothekenwesens und Erteilung langfristiger Kredite der Geldnot der Landwirtschaft steuern soll. In überzeugender Sprache schildern diese drei Entschließungen die bedrängte Lage der Landwirtschaft in allen Landesteilen; sie fordern in energischer Form die Staatsregierung zur Hilfeleistung auf und machen praktische Vorschläge zur Einführung von Reformen.

## Im Zeichen des Hartgeldes.

Der „Rzeczpospolita“ zufolge haben sämtliche staatlichen Kassen in Polen die Anweisung erhalten, alle ihnen eingereichten Banknoten nach Möglichkeit gegen Metallgeld einzuwechseln, um auf diese Weise dem Verkehr beschleunigt das so dringend nötige Kleingeld zuzuführen. Insonderheit wird dieser Umtausch von Noten gegen Metallgeld in allen Zweigstellen der Bank Polski durchgeführt.

---

✗ **Jahresfest des Evangelischen Diakonissenhauses.** Die hiesige Evangelische Diakonissen-Anstalt beabsichtigt am nächsten Sonntag, dem 29. Juni, vormittags 10 Uhr in der Paulikirche ihr 58. Jahresfest zu feiern. Die Festpredigt wird Superintendent Starke aus Czarnikau halten.

# **Militärischer Ernteurlaub.** In landwirtschaftlichen Kreisen war angeregt worden, für landwirtschaftliche Zwecke Beurlaubungen größeren Stils im Heere anzuordnen. Wie der „Kurjer Poranny“ erfährt, wird von einem allgemeinen Urlaub jedoch abgesehen werden, dafür soll einzelnen Soldaten zur Zeit der Getreide-, der Hackfruchternte und erforderlichenfalls auch schon zur Saatbestellung ein Urlaub bis zu Monatsfrist erteilt werden. Ein entsprechender Befehl soll in dieser Angelegenheit noch ausgegeben werden.

✗ **Eine „zeitgemäße“ Erfindung** hat der pensionierte Bahnhofsvorsteher in Pinne gemacht, indem er einen Regulator mit 24 Stunden konstruierte, der auch die Stunden von 13 bis 24 schlägt. Leider ist er pekuniär nicht in der Lage, seine Erfindung durch Aufnahme eines Patents nutzbar zu machen. Die Erfindung ist besonders für die Republik Polen von Bedeutung, die bekanntlich die 24-Stundenzeit eingeführt hat.

# **Die Ziehung der Miljonówka.** Bei der am Sonnabend, 21. d. Mts., veranstalteten letzten Ziehung der Miljonówka wurden folgende 28 Nummern gezogen: 0 351 664 0 492 562

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 0 347 969 | 1 721 516 | 1 442 235 | 2 120 420 | 2 521 076 | 2 460 303 |
| 2 908 228 | 2 800 298 | 2 525 555 | 2 996 869 | 2 265 930 | 2 129 540 |
| 2 836 237 | 3 037 075 | 3 182 581 | 3 508 820 | 3 574 109 | 3 205 235 |
| 3 024 653 | 4 049 201 | 4 030 165 | 4 669 518 | 4 596 222 | 4 316 688 |
| 4 521 489 | 4 499 717. | | | | |

# **Der Männer-Turnverein Posen** veranstaltet am Sonnabend, 28. d. Mts., 8 Uhr abends, in den Räumen der Grabenloge ein Familienkränzchen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben bei Turnwart Seeliger, Św. Marcin 43 (fr. St. Martinstraße).

✗ **Ein schwerer Unglücksfall** hat sich am Montag in der Fabrikstraße 11 zugetragen, indem eine Holzwand beim Abbruch des Hauses umstürzte und auf den dabei beschäftigten Maurer Wojciech Bródka aus Dembsen und dessen 15jährigen Sohn Wawrzyn fiel und beide schwer verletzte. Der Vater trug einen rechten Beinbruch und schwere Kopfverletzungen, der Sohn einen linken Armbruch und sonstige schwere Verletzungen davon. Beide wurden dem Stadtkrankenhause zugeführt.

✗ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Keller in der ulica Szamarzewskiego 2 (fr. Kaiser Wilhelmstr.) 20 Einmachegläser und eine Waschbank; beim Eingang zum Botanischen Garten an der Glogauerstraße ein Fahrrad mit neuen Mänteln und Freilauf im Werte von 100 Złoty; an dem Grundstück St. Martinstraße 70 ein dem tschecho-slowakischen Konsulat gehörendes Fahrrad, Marke „Brennabor“ im Werte von 300 Millionen; einem Studenten der Landwirtschaft auf der Straßenbahn zwischen Caponnière und Plac Wolności (fr. Wilhelmplatz) eine Leinwandtasche und eine Legitimation auf den Namen Sigmund Trytko und der Nr. 3375a.

✗ **Gefunden worden** sind am Sonntag vormittag zwischen 11 und 12 Uhr 110 Złoty. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich im Zimmer 3 der Kriminalpolizei melden.

✗ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 4 Betrunkene, 5 Dirnen, 2 Personen wegen Unzuchtverdachts, 2 gesuchte Personen. 1 geistesgestörte Person, die aus der hiesigen Beobachtungsstation entwichen war und unter dem Verdacht des Giftmordversuchs steht.

---

* **Adelnau,** 25. Juni. Über unsere Gegend ging am Sonnabend ein schweres Gewitter, begleitet von Hagel- und Regenschauern, nieder. Der Blitz tötete einen auf der Wiese beim Heumachen beschäftigten Landwirt.

* **Graudenz,** 24. Juni. Überfahren wurde gestern nachmittag auf dem Plac 23. Stycznia von einem Personenauto ein 10jähriges Mädchen, wobei es schwere Verletzungen davontrug. — Durch Ertrinken seinen Tod fand gestern nachmittag ein Matrose der hier aus Anlaß des Staatspräsidentenbesuches im Hafen liegenden Kriegsflottille. Er war mit Kameraden bei den Wiankivorbereitungen beschäftigt, wobei er von einem Kahne ins Wasser stürzte und, da er des Schwimmens unkundig war, untersank. Rettungsversuche blieben erfolglos. — Die Leiche eines ertrunkenen Soldaten wurde gestern nachmittag in der Nähe der Pionierkaserne aus der Weichsel gelandet.

* **Inowracław,** 25. Juni. Als gestern früh gegen 6 Uhr der nach Thorn fahrende Personenzug aus der Bahnhofshalle herausfuhr und sich bereits im mäßigen Tempo hinter der Eisenbahnbrücke befand, über die die Bahnhofsstraße führt, sprang plötzlich ein langer Eisenbahnpersonenwagen dieses Zuges aus dem Gleise. Der Zug hielt sofort an, worauf einzelne Passagiere aus dem Waggon sprangen. Glücklicherweise erlitt keiner der Passagiere einen körperlichen Schaden. — Am Sonnabend gegen 4½ Uhr nachmittags wurde die Umgegend des Dorfes Krenpoly von einem ungewöhnlich heftigen Hagelunwetter heimgesucht, es wurden im Laufe von ¾ Stunden fast die gesamten Feldfrüchte vernichtet. Durch die Schloßen, die die Größe eines Hühnereis erreichten, wurden auch sehr viele Fensterscheiben eingeschlagen. Das Wasser erreichte an mehreren Stellen die Höhe eines halben Meters.

* **Kempen,** 25. Juni. Am Trinitatis-Sonntage fand in der hiesigen evangelischen Kirche die Einsegnungsfeier statt. Es wurden 17 Mädchen und 23 Knaben eingesegnet.

* **Mogilno,** 25. Juni. Am Sonntag zog ein schweres Gewitter über unsere Gegend. Der Blitz schlug in die Scheune des Landwirts Brczyński in Parlineck Abbau und äscherte sie ein; mitverbrannt sind mehrere Maschinen.

* **Rawitsch,** 25. Juni. Zu einer deutschen Sängerzusammenkunft hatten sich am Sonntag die Gesangvereine von Bojanowo, Lissa, Rawitsch und Sarne in dem gastlichen Tarchalin in Dehnels Lokal eingefunden. Um 4 Uhr nahm das Programm seinen Anfang mit mehreren wuchtig und klangschön vorgetragenen Massen-Männerchören sämtlicher Vereine. Hierauf legten der M.-G.-V. von Lissa, die Männerchöre des M.-G.-V. und H.-G.-V. Rawitsch, der gemischte Chor des H.-G.-V. Rawitsch und die Männergesangvereine von Sarne und Bojanowo Einzelproben der Pflege des deutschen Liedes ab. Den Schluß bildeten wieder Massenchöre.

* **Rawitsch,** 25. Juni. In der letzten Stadtverordnetenversammlung lag eine Erklärung des Stadtverordneten Polus vor, daß er sein Mandat niederlege; da er hierfür keinen Grund angegeben hat, beschloß die Versammlung die Anerkennung der Mandatsniederlegung von der Abgabe dieser Erklärung abhängig zu machen. Ein zweiter Stadtverordneter, Niedbala, hat sein Mandat ebenfalls niedergelegt, und zwar, wie er schreibt, auf Nahelegen des Bürgermeisters, weil er Kommunalbeamter sei. Die Versammlung erblickte hierin einen Eingriff in die persönlichen Rechte und erklärte sich einstimmig gegen die Mandatsniederlegung. Angenommen wurde darauf eine Wohnungsluxussteuerordnung in Höhe von 25 Proz. der Wohnungssteuer. Gleichfalls genehmigt wurde eine neue Hundesteuer, nach der für jeden ersten Hund 10 Złoty, für jeden zweiten 20 Złoty, für jeden dritten und weiteren Hund 30 Złoty Steuern zu zahlen sind. Nur Wachhunde sind frei. Abgelehnt wurden dagegen eine Plakat- und Reklameschildersteuer, eine kommunale Erbschaftssteuer und eine Kommunalsteuer zur staatlichen Einkommensteuer — bis zur Vorlegung des Stadthaushaltsvoranschlages.

S. **Rogasen,** 24. Juni. Die Königswürde beim Königsschießen der Schützengilde errang der Stadtkämmerer Nowak. — Am Freitag ertrank im Rogasener See der etwa 24jährige Patelski. Er war mit mehreren anderen jungen Leuten im Boot über den See gefahren, stieg unweit des anderen Ufers aus dem Boot ins Wasser und ging sogleich unter. Die Leiche wurde nach einer Stunde geborgen.

* **Scharfenort,** 25. Juni. Der Wojewode hat den bisherigen zweiten stellvertretenden Standesbeamten Bürgermeister Draheim zum Standesbeamten und den Kämmerer Karol Jądrzyk zum zweiten stellvertretenden Standesbeamten des Standesamtes Scharfenort ernannt.

p. **Schroda,** 26. Juni. Vergangene Nacht wurde beim hiesigen Starostwo ein Einbruch verübt. Die Einbrecher zertrümmerten mit großer Mühe einen eisernen Geldschrank, fanden aber zu ihrer großen Enttäuschung als Beute — 17 Groschen. — Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 1. d. Mts. beim Landwirt Jan Bohlewski im Dorfe Zimino verübt. Gestohlen wurden u. a. zwei Oberbetten, 5 Kopfkissen, 4 Bettlaken, eine Decke, 4 Westen, 24 Herrenhemden, ein Paar langschäftige Stiefel, mehrere Taschentücher, ein Ztr. Speck und bares Geld im Gesamtwerte von einer Milliarde.

* **Schwetz,** 25. Juni. Die evangelische Kirchengemeinde konnte am 19. d. Mts. das 150jährige Bestehen feiern. Es war für diesen Tag eine größere kirchliche Festlichkeit geplant. Zugleich konnte das 30jährige Bestehen der neuen Kirche begangen werden. Die alte Kirche stand in der Altstadt, jenseits des Schwarzwassers. Von jedem Hochwasser wurde die Kirche überschwemmt, und die Gottesdienste mußten in der Kapelle der Irrenanstalt, im Kreistagssaale oder in anderen Räumlichkeiten abgehalten werden. Als im Jahre 1877 der Umbau der Stadt begann, mußte das evangelische Gotteshaus noch 15 Jahre in der verlassenen Stadt verbleiben. Das Pfarrhaus war bereits früher in der Neustadt erbaut. Dem tatkräftigen Wirken des Superintendenten Karmann gelang es, ein schönes würdiges Gotteshaus zu erbauen.

* **Stargard,** 24. Juni. In der Nacht zum Sonnabend erhängte sich im Stargarder Gefängnis der Häftling Konrad Rosa, ein vielfach von deutschen und polnischen Gerichten wegen Diebstahls vorbestrafter Mann. Das Tragische an dem Vorfall ist die Tatsache, daß er, wie der „Dz. Star.“ erfährt, offenbar gar nicht die Absicht hatte, seinem Leben ein Ende zu machen, da ein ausgesprochener Dieb für gewöhnlich keine Selbsttötung vornehme, vielmehr wollte er, wie er es schon öfter getan, — seinen Wärter erschrecken. Zu diesem Zwecke hängte er die Hosenträger an das Fensterkreuz und steckte den Kopf in die offene Schlinge, um den Selbstmord vorzutäuschen. Diesmal aber wurde aus dem übermütigen Scherz bitterster Ernst: die Beine entglitten dem Schemel, und die zusammengezogene Schlinge erstickte ihn.

* **Thorn,** 25. Juni. Ein lenkbares Luftschiff unstarren Systems war dieser Tage hier gut zu beobachten, als es in geringer Höhe seine Kreise über der Stadt zog. Vermutlich ist es dasselbe Luftschiff, das bereits vor längerer Zeit hier zu sehen war. — Das Abiturienten-Examen an der deutschen Abteilung des Staatlichen Gymnasiums in Thorn fand dieser Tage statt. Von den 17 Prüflingen bestanden 12 die Prüfung; vier wurden zurückgestellt und einer soll dieser Tage den Bescheid vom Kuratorium erhalten, ob er die Prüfung bestanden habe oder nicht.

* **Thorn,** 25. Juni. Die tückische Weichsel hat in diesem Sommer hier jetzt ihr erstes Todesopfer gefordert, und zwar war es ein etwa dreizehnjähriger Junge, der ihr am Sonntag nachmittag zum Opfer fiel. — Ein zweiter Ertrinkungsfall unter anderen Umständen ereignete sich in einem Kämpenloch in der Nähe des Restaurants „Wieses Kämpe“. Ertrunken ist vor den Augen der Mitbadenden am Sonntag nachmittag ein Soldat der hiesigen Garnison, der mit anderen in einer tiefen Lake der Kämpen bei Grünhof badete.

* **Danzig,** 24. Juni. Ein schweres Bootsunglück, bei dem vier Personen den Tod in den Wellen fanden, hat sich am Sonnabend abend auf der Mottlau zugetragen. Abends gegen 8 Uhr mieteten drei junge Leute auf Schäferei ein Boot für vier Personen. Unterwegs nahmen sie leichtsinnigerweise noch fünf weitere Personen, darunter vier junge Mädchen, in das Boot auf, das nun natürlich überfüllt war. Die jungen Burschen hatten reichlich Alkohol mit auf die Fahrt genommen, dem sie unterwegs übermäßig zusprachen, so daß sie bald in eine ausgelassene übermütige Stimmung gerieten. In ihrem Übermut verfielen die Burschen auf die leider weit verbreitete Unsitte des Schaukelns. Das Boot kenterte, und vier der Insassen, drei Mädchen und ein junger Mann, ertranken.

### Aus Ostdeutschland.

* **Quiram i. Pomm.,** 25. Juni. Als der Besitzer E. Dobberstein seinen im Stall angebundenen Bullen fütterte, nahm das sonst gutmütige Tier seinen Herrn auf die Hörner und warf ihn mehrere Male in die Höhe. Glücklicherweise fiel D. in die Futterkrippe, so daß ihn das wütende Tier nicht mehr erreichen konnte. Außer vielen kleinen Verletzungen trug D. einen Oberschenkelbruch und Rippenbrüche davon.

## Aus dem Gerichtssaal.

* **Konitz,** 25. Juni. Wegen Störung des Gottesdienstes verurteilte die Strafkammer in Konitz den Landwirt Fr. Borzyszkowski aus Borzyszkowo zu fünf Monaten Gefängnis. Sein Tatgefährte, August Trzebiatowski aus Ostrowite, erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Ein dritter Angeklagter, Leo Hinz aus Zapcenic, wurde freigesprochen.

* **Wirsitz,** 25. Juni. Ein Roggendiebstahl in der hiesigen Stadtmühle kam am Sonnabend vor der Strafkammer in Bromberg zur gerichtlichen Verhandlung. Der wegen des Diebstahls Angeklagte, Fr. Jędrzyjewski, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Fleischergeselle J. Jagodziński wurde wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, während die übrigen Angeklagten freigesprochen wurden.

## Sport und Spiel.

**Die Inhaber der deutschen Leichtathletikrekorde** sind nach der neuesten Liste der deutschen Sportbehörde für Leichtathletik u. a.: 100 Meter-Lauf: R. Rau mit 10,5 Sek., 200 Meter derselbe mit 21,6 Sek., 300 Meter W. Dünker (34,5 Sek.), 500 Meter: O. Peltzer 1:05,7; 1000 Meter Fr. Köpke mit 2:31,9; 1500 Meter: O. Peltzer (3:59,4). Die Kilometerrekorde auf 3,5, 7½, 10 und 15 km hat F. Bedarff inne. Die Zeiten sind 8:44,5; 15:14,2; 24:09,7; 32:23,3; 49:47,5. Die Staffetten bestreitet vorwiegend der S. C. Charlottenburg. Die meisten Rekorde im Gehen stellte H. Müller auf, der z. B. 20 km in einer Stunde 38 Min. 26 Sek. zurücklegte. Meister im Weitsprung ist K. Hornberger mit 7,33 Metern, im Hochsprung R. Pasemann (1,923 Meter), im Stabhochsprung H. Fricke mit 3,80 Metern. Stoß- und Wurfmeister sind Fr. Wenninger (Kugelstoßen 14,065 Meter), H. Buchgeister (Speerwerfen 62,10) und G. Steinbrenner (46,66 Meter im Diskuswerfen; 1,7 Meter unter dem neuen Weltrekord).

**Litauische Olympier.** Die litauische Regierung hat 15 000 Lits für die olympische Expedition bewilligt. Es sollen an der Pariser Olympiade 3 Leichtathleten, 2 Ringkämpfer, 2 Radfahrer, 1 Boxkämpfer und 1 Fechter teilnehmen. Außerdem werden sich 3 Mitglieder der litauischen Sportliga, 1 Wassersportler und eine Vertreterin des Frauensportvereins nach Paris begeben.

**Fußballenttäuschung.** Der österreichische Fußballverband hat aus Paris die Meldung erhalten, daß das Fußballteam Uruguays, des Meisters der Olympiade, nach Südamerika zurückkehre und nicht mehr in Europa zu spielen gedenke.

## Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

**J. B. in Sz.** Wir bedauern, die Berechnung der Aufwertung von Hypotheken aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen zu müssen. Wenden Sie sich doch mit einem entsprechenden Antrage an die „Labura“ in Posen, Wały Leszczyńskiego 2.

**R. P.** Wenn es sich bei dem von Ihnen angegebenen Betrage um eine Jahresmiete handelt, dann würde die Monatsmiete 6,25 Mk. betragen haben. Davon wären für Juni 5 v. H. zu zahlen, d. h. 0,31 Mk. oder 38 Groschen, vom Juli ab 9 v. H., d. h. 0,56 Mk. oder 69 Groschen.

**F. M. in B.** Zuständig ist für Sie das deutsche Konsulat in Posen.

## Bunte Zeitung.

⊙ **Die Leuchttürme der Erde.** Die Zahl der über den ganzen Erdkreis verteilten Leuchttürme wird auf mehr als 3000 geschätzt. Davon kommen auf die Küsten Europas nahezu 2000. In Europa hat Belgien die meisten Leuchttürme im Verhältnis zu seiner Küstenstrecke. Es kommt nämlich ein Leuchtturm auf 5 Kilometer. In Frankreich entfallen auf einen Leuchtturm 13, in Holland 15 und in England 17 Kilometer. Der Reihe nach kommen dann: Spanien, Deutschland, Italien, Schweden, Portugal, Dänemark, Türkei, Griechenland, Rußland. In Amerika haben die Vereinigten Staaten je einen Leuchtturm auf 30, Brasilien einen auf 140 Kilometer.

○ **Sonderbares Ende eines Hundes.** Der Südbahnbeamte Seethaler aus Kufstein begab sich mit seinem Hunde, der in einem Schützengraben in Südtirol das Licht der Welt erblickt hatte, nach Thiersee. Der Hund zeigte plötzlich ein auffallendes Benehmen, schrie laut auf und wand sich vor Schmerzen. Das Tier schleppte sich mühsam weiter und verendete alsbald. Als der Kadaver am nächsten Tage geöffnet wurde, fanden sich im Kehlkopfe und im Schlunde zwei noch lebende Bienen vor. Diese hatte der Hund aufgeschnappt und war infolge der Bienenstiche erstickt.

**Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.**

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A. sämtlich in Poznań.

# Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

## Handel.

**Ein polnisches Lieferungsangebot von Brücken für die Türkei** ist zu Gunsten Deutschlands abgelehnt worden. Das polnische Angebot lautete auf 180 Dollar je Tonne, während die deutsche Konkurrenz nur 110 Dollar verlangte.

**Über den Mehlexport aus Polen** finden zurzeit zwischen der Warschauer Regierung und dem Verband der polnischen Müller Verhandlungen statt. Die Regierung besteht darauf, daß die Mehlpreise im Innenhandel herabgesetzt werden, wogegen sie die Ausfuhrabgabe für Mehl von 30 auf 10 Złoty und für Kleie von 10 auf 2 Złoty herabzusetzen bereit ist.

**Der Lumpenexport Polens** soll, wie wir aus Warschau erfahren, in allernächster Zeit neu geregelt werden. Beabsichtigt ist die völlige Freigabe der Lumpenausfuhr unter Einführung einer Exportgebühr in Höhe von 6 Proz. des Umsatzes. — Bisher war die Ausfuhr von Lumpen generell verboten, bzw. nur auf besonderen Antrag von Fall zu Fall erlaubt, weil die Regierung hierdurch auf eine Ermäßigung der Papierpreise auf dem Innenmarkt hinwirken wollte. Nunmehr soll von jeglicher Kontingentierung abgesehen werden. Die polnischen Lumpenexporteure, die wiederholt wegen dieser Freigabe bei der Warschauer Regierung vorstellig geworden waren und erst kürzlich im Handelsministerium über diesen Gegenstand verhandelten, haben damit einen bedeutsamen Erfolg errungen. In diesem Zusammenhange dürften aus einer gegen das Exportverbot gerichteten Denkschrift des Verbandes der polnischen Kaufleute folgende Angaben interessieren: In Polen werden monatlich ca. 175 Waggons Leinenlumpen gesammelt, während der heimische Bedarf (d. h. der Papierfabriken) nur ca. 20 Waggons beträgt. Infolge des Ausfuhrverbots kam in letzter Zeit der Preis für das Kilo kaum über 2,5 Cents, während die Kosten für Verpackung und Aufladung einschl. Manko sich auf 1 Cent belaufen. Bei dieser Preislage kommen die Grossisten nicht auf ihre Selbstkosten. Anders steht die Sache mit dem Woll-Lumpenhandel. Von diesem Artikel mußte vor dem Kriege ein Einfuhrzoll in Höhe von 3½ Rubel je Pud entrichtet werden, wodurch die Sammlung im Lande angeregt wurde, so daß sie durchschnittlich 500 Waggons monatlich erreichte. Angesichts der deutschen Einfuhr hat dieser Handelszweig ständig an Bedeutung abgenommen. Aus diesem Grunde wird in der Denkschrift die Einführung eines Importzolls auf Wolllumpen in Höhe von 50 Złoty je 1000 Kg. beantragt.

## Industrie.

**Die ukrainische Tabakindustrie** steht seit dem vergangenen Herbst im Zeichen einer dauernden Krise und hat bisher unter großen Verlusten arbeiten müssen. Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß seit 1922 die Tabakpreise fortwährend gestiegen sind, so daß z. B. für 1000 Zigaretten eine Verteuerung von 2.09 Goldrubel auf 8.28 Goldrubel eintrat. Hinzu kam noch die außerordentliche Erhöhung der Steuerabgaben. Um während der allgemeinen Absatzkrise im vergangenen Winter ihre Vorräte nur einigermaßen realisieren zu können, mußte die in den Tabaktrust zusammengeschlossene Industrie weit unter die Herstellungskosten heruntergehen. Im Zusammenhang mit den rückläufigen Tabakpreisen in diesem Jahr hofft man indessen bei einer Preisfestsetzung von 2.40 Goldrubel für 1000 Zigaretten jetzt ohne Verlust weiter arbeiten zu können. Das allrussische Tabaksyndikat hat die wegen der Mißernte des Jahres 1922 im vorigen Herbst außerordentlich gestiegenen Preise sehr stark ermäßigt, an manchen Stellen bis zu 70%.

**In der tschechoslowakischen Steinkohlenindustrie** ist in der letzten Zeit eine merkliche Verschlechterung der Lage zu verzeichnen. Die Nachfrage nach Hausbrandkohle ist am stärksten rückläufig, was in erster Linie mit dem Nachlassen der Ausfuhr nach Deutschland zu erklären sein dürfte. Auch der Absatz nach Österreich wird durch die oberschlesische Konkurrenz stark erschwert. Die Kokserzeugung weist gleichfalls einen Rückgang auf, da die Hauptabnehmer, die mährischen und schlesischen Eisenwerke, wenig beschäftigt sind. Eine Hoffnung auf eine Besserung der Konjunktur besteht, wie unser Prager Korrespondent meldet, für die nächste Zeit kaum.

**Die tschechoslowakische Holzindustrie** hat auf den Auslandsmärkten, mit Ausnahme des reichsdeutschen, in letzter Zeit sehr stark an Boden verloren. In den nächsten Jahren werden sich nur diejenigen Betriebe erhalten können, die den Kapitalmangel zu überwinden vermocht und sich alle technischen Fortschritte im Produktionsverfahren zu nutze gemacht haben werden.

**Die Naphthaproduktion in Baku** betrug im April 20 665 000 Pud. Neu gebohrt wurden 3088 Saschen. Der Grubenverbrauch belief sich auf 2 283 000 Pud, verarbeitet wurden 14 145 000 Pud. Ausgeführt wurden auf dem Wasserwege 17 833 000 Pud, mit der Eisenbahn 2 798 000 Pud. Durch die Röhrenleitung wurden aus Baku nach Batum 3 238 600 Pud gepumpt. Gegen März ist eine Produktionszunahme von ca. 300 000 Pud zu verzeichnen.

**Russisches Zinkweiß** ist in einem größeren Transport mit dem Dampfer „Roschall" aus Leningrad nach England abgegangen. Es ist der erste derartige Transport, der als Mustersendung dienen soll. Nach Ansicht englischer Firmen bietet sich für russisches Zinkweiß ein gutes Absatzfeld in England.

**Stillegung der russischen Zündholzfabriken.** Infolge der großen Absatzschwierigkeiten in der Zündholzfabrikation hat die zu Trusts zusammengefaßte russische Zündholzindustrie beschlossen, ihre Fabriken für ein bis zwei Sommermonate zu schließen und die Arbeiter für diese Zeit auf Feldarbeit zu schicken. In den ersten 7 Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres wurden eine Million Schachteln Streichhölzer hergestellt, von denen nur 65 Prozent Absatz fanden. Infolgedessen befinden sich in den Lägern der Trusts 350 000 unverkaufte Schachteln.

**Die schwierige Lage in der schlesischen Metallindustrie** hat eine weitere Verschärfung erfahren. In Breslau soll von der Firma Linke-Hofmann-Lauchhammer in verschiedenen Betrieben die Arbeitszeit demnächst auf zwei Tage in der Woche herabgesetzt werden. Verschiedene Maschinenfabriken in Görlitz mußten ebenfalls ihren Betrieb stark einschränken. Auch aus Bunzlau sind aus der dortigen Metallindustrie neue Meldungen über Betriebseinschränkungen eingegangen. In Liegnitz fanden weitere Entlassungen bei der Firma „Ceres" und zwei größeren Karosseriewerken statt; auch aus Landeshut wird von Arbeiterentlassungen berichtet.

**Die schlesische Holzindustrie** ist weiterhin von der rückläufigen Bewegung betroffen. Namentlich im Glatzer Bezirk fanden zahlreiche Entlassungen in den dortigen Sägewerke und Holzfabriken statt. Besonders schwer leidet die Möbelindustrie. Entlassungen wurden vorgenommen in Breslau, Liegnitz, Görlitz und Haynau (hier beispielsweise aus einer Möbelfabrik 80 Arbeitskräfte).

**Die Lage im schlesischen Spinnstoffgewerbe** hat sich in den letzten Tagen weiter verschlechtert. So mußte die Landeshuter Textilindustrie umfangreiche Arbeitseinschränkungen vornehmen, ebenso arbeitet auch die Glatzer Industrie verkürzt. Nur in Leobschütz macht sich Bedarf an perfekten Strickerinnen bemerkbar.

**Die keramische Industrie Bulgariens** ist infolge der günstigen Bodenbeschaffenheit des Landes verhältnismäßig stark entwickelt, wenn auch manche der von der Regierung bisher (im ganzen 50) erteilten Konzessionen für die Errichtung von Fabriken noch nicht praktisch ausgenutzt worden sind und die meisten der bereits ins Leben gerufenen Betriebe noch recht primitiven Charakter tragen. Zur Errichtung einer Glasfabrik ist bisher nur eine Konzession für Varna erteilt worden. Porzellanfabriken bestehen in Bulgarien noch nicht. Jedoch sollen die zur Porzellanfabrikation erforderlichen Rohstoffe in der Nähe von Schumen vorhanden sein. Die Erlangung einer staatlichen Konzession zur Errichtung von Fabriken ist, wenn das Unternehmen als bulgarische Firma eingetragen wird, auf Grund des bulgarischen Industriegesetzes auch für Ausländer nicht schwierig.

## Wirtschaft.

**Der Saatenstand in Beßarabien.** Wie aus Kischinew berichtet wird, ist der Saatenstand in Südbeßarabien hoffnungslos. Infolge der Trockenheit sind fast alle Sommersaaten zugrunde gegangen. Wintersaaten konnten wegen der schon im vorigen Herbst herrschenden Dürre vielfach nicht gemacht werden. Im Bezirk Cetatea-Alba (Akkjerman) ist seit März kein Regen mehr gefallen. Die Wiesen sind vollkommen ausgebrannt, so daß das Vieh nur Trockenfutter bekommen kann. Die Weinberge haben unter dem strengen Winter sehr gelitten, und auch hier sind die Ernteaussichten sehr betrübend. Im Kischinewer Kreise wurden die Obstgärten von Schädlingen fast ganz vernichtet. In Nordbeßarabien war die Herbstwitterung günstiger, so daß hier wenigstens Wintersaaten gemacht werden konnten.

**Der Erntevoranschlag der Union der russischen Sowjetrepubliken** stellt sich für das Betriebsjahr 1924/25, nach einer Meldung der „Ek. Schisn", wie folgt: Getreideanbaufläche 66,3 Millionen Desjatinen, Getreideernte im gesamten Gebiet der Union der russischen Sowjetrepubliken 3211 Millionen Pud (wobei die Ertragsnote 2,5 angenommen ist), Bedarf der heimischen Bevölkerung 2658 Millionen Pud, für den Export verfügbar 553 Millionen Pud. — Diese Erntevorschätzung beruht, wie man sieht, auf der Annahme, daß die Gesamterträge gut bis mittel sein werden. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, muß aber nach den schon in den letzten Wochen eingegangenen wie auch nach den folgenden, aus den letzten Tagen stammenden Saatenstandsberichten aus verschiedenen Gebieten Rußlands in Zweifel gezogen werden. Günstige Berichte liegen eigentlich nur aus dem Gouvernement Twer vor. Ungünstig lauten dagegen die Nachrichten aus Tschernigow. Die Saaten haben besonders in den tief gelegenen Gegenden gelitten. In den Bezirken Konotopsk und Njeschinsk sind 20—80 Prozent der Wintersaaten vernichtet. Aus Kiew wird berichtet, daß infolge dreiwöchiger Dürre 25 Prozent der Wintersaat zugrunde gegangen sind. In vielen Gegenden wird neu eingesät. Die Sommersaaten haben in noch größerem Maße durch Schädlinge gelitten. Fast gänzlich sind die Obst- und Gemüsegärten vernichtet. Durch die dauernd zunehmende Hitze verschlechtert sich der Saatenstand täglich. Auf Obst- und Gemüseernte ist fast keine Aussicht mehr. Aus Baku lauten die Berichte über den Saatenstand von Weizen und Gerste sehr ungünstig. Überall ist der Bewässerungsmangel außerordentlich fühlbar. Im Bezirk von Turjan-Tschai befürchtet man eine vollständige Mißernte. Im Bezirk von Nuchinsk gingen 60 Prozent der Saaten ein. Weinberge und Obstgärten haben gleichfalls durch Dürre und Schädlinge gelitten. Einstweilen ist der Saatenstand nur im Nachitschewaner Rayon und in Kuban günstig. Der allgemeine Saatenstand in Aserbeidschan ist schwer besorgniserregend. Aus Zarizyn wird berichtet, daß infolge beständiger Winde und Dürre eine Mißernte zu erwarten sei.

**Eine Bedrohung des polnischen Kohlenexports durch die Freigabe des Ruhrgebiets** wird in einem Teil der polnischen und besonders franzosenfreundlichen Presse im Zusammenhang mit den neuesten politischen Ereignissen in Frankreich befürchtet. So führt „Kurjer Polski" aus, daß die polnisch-oberschlesische Kohle gegenwärtig den ganzen süddeutschen Markt beherrsche und aus anderen deutschen Gebieten die englische Kohle zum großen Teil verdrängt habe. Sie werde sogar auf dem Transitwege über Deutschland nach der Schweiz ausgeführt, wo sie erfolgreich mit der Saarkohle konkurriere. Eine etwaige Aufhebung der französischen Okkupation des Ruhrgebietes werde für dieses aber die Rückgewinnung der alten Absatzmärkte zur Folge haben.

**Der Saatenstand in Rußland** berechtigt augenblicklich zu keinen großen Hoffnungen auf eine befriedigende Ernte. Der Stand der Wintersaaten in Nord- und Westrußland ist nach den statistischen Angaben vom 1. Juni in der Note 2,2 ausgedrückt, wobei alle Gouvernements ziemlich auf demselben Niveau stehen. Der Stand der Sommersaaten kann wegen der verspäteten Aussaat noch keiner Schätzung unterzogen werden. Aus der Ukraine, der Wolgagegend und dem Kaukasus laufen sehr widersprechende Nachrichten ein. Die Meldungen der Versuchsstationen und der statistischen Ämter sind im allgemeinen ungünstig. Es wird über anhaltende Trockenheit und Verbreitung von Schädlingen (Zieselmäusen, Hessenfliegen, Kornwürmern, Heuschrecken) geklagt. Der Regen, der in der ersten Dekade dieses Monats gefallen ist, hat keine wesentliche Besserung gebracht, zum Teil sogar großen Schaden verursacht, da er von starken Hagelfällen begleitet war. So sind allein im Gouvernement Poltawa durch Hagel 6000 Deßjatinen, im Kreise Achtyrsk (Gouv. Charkow) 1500 Deßjatinen vernichtet worden. Nach Schätzung amtlicher Stellen betrug Anfang Juni die von Zieselmäusen bedrohte Fläche in Südostrußland 800 000 Deßjatinen, die von Hamstern bedrohte 280 000 und die von Heuschrecken bedrohte 60 000 Deßjatinen. Die anhaltende Trockenheit begünstigt die Verbreitung der Schädlinge. Hunderttausende von Deßjatinen mußten umgepflügt werden. Der Stand der Saaten im Charkower Gouvernement, wo er verhältnismäßig noch am günstigsten ist, wird mit der Note 2,5 angegeben. Die schlechten Ernteaussichten machen sich bereits in den Städten durch geringe Zufuhr von Getreide und steigende Preise bemerkbar.

## Verkehr.

**Neue russische Luftverbindungen.** Am 15. Juni ist von der Gesellschaft Junkers zwischen Leningrad, Moskau und Charkow—Rostow, ferner zwischen Batum, Tiflis und Baku der regelmäßige Luftverkehr eröffnet worden. Auf der Linie Moskau—Nishnij-Nowgorod—Kasan soll der Luftverkehr am 20. Juni beginnen.

**Der direkte Telephonverkehr zwischen Polen und Deutschland** ist bekanntlich leider noch immer nicht hergestellt worden, worunter namentlich die Wirtschaftsinteressen Schlesiens außerordentlich zu leiden haben. Die von den berufenen Vertretungen der ostdeutschen Wirtschaftskreise bei den zuständigen deutschen Stellen wiederholt unternommenen Schritte sind bisher ohne Erfolg geblieben. Der Mangel, namentlich einer direkten Verbindung zwischen Warschau, Lodz und Breslau, wird aber auch in Polen außerordentlich drückend empfunden. Die Krakauer „Nowa Reforma" weist jetzt darauf hin, daß vor dem Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages (zu dem die Verhandlungen noch garnicht einmal begonnen haben — D. Red.) mit der Herstellung eines solchen Telephonverkehrs nicht zu rechnen sei. Auf polnischer Seite sucht man die Schuld der deutschen Regierung zuzuschieben, die diese ebenso wie andere Angelegenheiten zum Kompensationsobjekt z. B. für die Boykottierung des Königsberger Hafens durch die polnischen Bahnen usw. benutzen wolle. Angesichts der Dringlichkeit der Regelung gerade der Frage des direkten Fernsprecherverkehrs scheint in gewissen maßgeblichen Kreisen Polens doch die Neigung zu bestehen, ein Sonderabkommen hierüber zu treffen, wenn auch der eigentliche Handelsvertrag noch in weiterer Ferne liegen sollte.

**Zur Erleichterung des polnischen Holzexports** hat sich die Warschauer Regierung auf wiederholtes Drängen der interessierten Kreise außer zu gewissen Frachtermäßigungen auch zu einigen anderen Maßnahmen bereitgefunden. So soll nach einer Meldung der „Nowa Reforma" die Ausfuhrgebühr für Grubenholz, Papierholz und Telegraphenstangen in der nächsten Zeit bis auf Widerruf nicht mehr erhoben werden. Wie schon erwähnt, ist vor allem aber die Umsatzsteuer beim Export von Holz ebenso wie von einigen anderen Artikeln mit Wirkung vom 1. Mai ab von 2½ auf 1 % herabgesetzt worden. (Die Holzexporteure hoffen allerdings, noch einen vollständigen Erlaß der Umsatzsteuer erwirken zu können. Der Anwendung dieser Bestimmung auf den Export über Danzig steht jedoch der Artikel 94 des Gesetzes über die Industrieabgabe entgegen, der eine Ermäßigung der Umsatzsteuer nur für Artikel gestattet, die über die Zollgrenze ausgeführt werden. Danzig, das mit Polen bekanntlich ein einheitliches Zollgebiet bildet, könnte also von dieser Vergünstigung keinen Nutzen ziehen. Die in Frage kommenden wirtschaftlichen Verbände sind dieserhalb bei den zuständigen Instanzen vorstellig geworden.

## Von den Banken.

**Der Diskontsatz der Polnischen Bank** beträgt für inländische Wechsel 12 und für ausländische 10 Prozent jährlich. Der Privatdiskont für erstklassige Firmen beläuft sich gegenwärtig in Polen auf 4—8 Prozent monatlich, in Danzig auf 3—4 Prozent.

**Die Bilanz der Litauischen Notenbank.** Nach dem Ausweis der Lietuvos Bankas für den 31. Mai betrug der Bestand an Gold und Silber ca. 24½ Millionen Lit, an wertbeständiger Valuta sowie Guthaben im Auslande ca. 59,8 Millionen Lit, Wechseldiskonte, Waren- und Wertsachenlombard ca. 31 Mill. Lit, Mobilien, Immobilien, Beteiligungen und sonstige Aktiven ca. 22,4 Mill. Lit. Dem stehen gegenüber Aktienkapital 12 Mill. Lit, Reservefonds 100 000 Lit, Notenumlauf ca. 71 Mill. Lit, Depositen und laufende Rechnungen ca. 42¼ Mill. Lit, sonstige Passiven ca. 12 Mill. Lit. Die Bilanz für das Jahr 1923 weist einen Reingewinn von 1 000 206 Lit auf. Hiervon wurden 10 Proz. = 100 000 Lit dem Reservefonds überwiesen, 900 000 Lit gelangen als Dividende (7½ Proz.) zur Ausschüttung.

## Von den Märkten.

**Produkten.** Danzig, 25. Juni. Inoffizielle Notierungen. Weizen 11.60—12.00, Roggen 7.55—7.65, Gerste 8.10—8.25, Hafer 8.10, Viktoriaerbsen 12—20, Weizen- und Roggenkleie 7.50, Weizenmehl 37—39, Roggenmehl 25—26.

Lemberg, 25. Juni. An der Börse leichte Belebung. Allgemeiner Umsatz 75 Tonnen, Transaktionen in Weizen und Hafer. Gesucht Weizen bester Qualität. Tendenz behauptet, Stimmung ruhig. Es wurde notiert: Inlandsweizen (73/74) 19—20, kleinpolnischer Roggen (68/69) 10.50—11.50, (65/66) 9.20—9.60, kleinpolnische Braugerste 10.25—10.75, Futtergerste 8.75—9.25, kleinpolnischer Hafer (44/45) 11—12, mit Ausnahme von Weizen und Roggen (68/69) alles Schätzungspreise.

Warschau, 25. Juni. Im freien Verkehr wurden für 100 Kilo in Złoty franko Verladestation gezahlt: Weizen 20, Roggen 11,25, Hafer 13,33, Gerste 14, Weizenkleie 8,50, Roggenkleie 6,50, Leinkuchen 16,39, Rapskuchen 14. Franko Warschau in Złoty pro Kilo: Weizenmehl 50proz. 0.40, Roggenmehl 450proz. 0.28, 70proz. 0.25.

**Metalle.** Berlin, 25. Juni. (Für 1 kg in Goldmark.) Raffinadekupfer 1.01—1.03, Original-Hüttenweichblei 0.56—0.58, Hüttenrohzink 0.54—0.55, Zinn (Banka Straits, Austral) 4.00—4.10, Hüttenzinn 99 % 3.90—4.00, Reinnickel 98—99 % 2.25—2.35, Antimon Regulus 0.68—0.70, Silber in Barren 900 fein 88.50—88.00.

**Edelmetalle.** London, 24. Juni. Diskont 3, Silber gegen bar $34\frac{7}{16}$, drei Monate $34\frac{7}{16}$, Gold 95.5.

Neuyork, 24. Juni. Diskont 2, ausländ. Silber 66.

**Berliner Börse** vom 25. Juni. (Amtlich.) Kowno 39.85—40.65, Neuyork 4.19—4.21, London 18.10½—18.19½, Paris 21.99—22.11, Wien 5.91—5.93, Prag 12.39—12.45, Mailand 18.10—18.20, Brüssel 19.15—19.25, Budapest 5.19—5.21, Schweiz 74.16—74.54, Helsingfors 10.48—10.52, Sofia 3.01½—3.03½, Amsterdam 157.31—157.99, Christiania 56.46—56.74, Kopenhagen 70.72—71.08, Stockholm 111.12—111.68, Madrid 56.16—56.44, Buenos Aires 1.34½—1.35½, Riga 80.78 bis 82.42, Bukarest 1.81—1.83, Danzig 72.42—72.78, Belgrad 4.84—4.86, Lissabon 11.62—11.68, Reval 0.93½—0.95, Kattowitz 79.61½—81.63½.

**Züricher Börse** vom 25. Juni. (Amtlich.) Warschau 109.50, Neuyork 5.63¾, London 24.36, Paris 29.50, Wien $79\frac{11}{32}$, Prag 16.67½, Mailand 24.37, Brüssel 25.80, Budapest 72.50, Helsingfors 14.00, Sofia 4.07½, Amsterdam $211\frac{15}{16}$, Christiania $76\frac{1}{8}$, Kopenhagen $95\frac{1}{8}$, Stockholm 150.25, Madrid $75\frac{7}{8}$, Bukarest 2.45, Berlin 1.35, Belgrad 6.65, Athen 9.75.

**Warschauer Börse vom 25. Juni.** Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 4.85, Bank dla Handlu i Przemysłu 1.70, Polski Bank Handlowy 2.50, Kredytowy 0.95, Bank Zachodni 1.45, Związku Spółek Zarobkowych 3.55. Industriewerte: Kijewski 0.21, Spieß 0.95, Siła i Światło 0.57, Michałów 0.58, W. T. F. Cukru 3.25, Norblin 0.48, Ostrowieckie 5.93, Ursus 1.12, Żyrardów 52.50, Ćmielów 0.60, Haberbusch 5.75, Spiritus 1.13, Puls 0.35, Zgierz 2.10, Chodorów 4.40, Częstocice 1.80, Gosławice 1.26, Firley 0.45, Polska Nafta 0.48, Nobel 1.85, Cegielski 0.50, Lilpop 0.51, Parowozy 0.29, Starachowice 2.25, Rudzki 1.15, Zieleniewski 7.90, Zawiercie 39. Tendenz nicht einheitlich, im allgemeinen schwach.

## Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

| Wertpapiere und Obligationen: | 26. Juni | 25. Juni |
|---|---|---|
| 6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred. | 3.30 | —,— |
| 4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka) | 0.40 | —,— |
| **Bankaktien:** | | |
| Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. | —,— | 2.00 |
| Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.) | 2.20 | —,— |
| Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.) | —,— | 3.50 |
| Bank Młynarzy I.—II. Em. | 0.30 | —,— |
| **Industrieaktien:** | | |
| Arcona I.—V. Em. | 1.80—1.90 | 1.80—2.00 |
| Browar Krotoszyński I.—V. Em. | 1.60—1.50 | —,— |
| H. Cegielski I.—IX. Em. (exkl. Kup.) | 0.55 | 0.55 |
| Dębienko I.—IV. Em. (exkl. Kupons) | —,— | 0.75 |
| Galwana I.—III. | —,— | 0.35 |
| Goplana I.—III. Em. exkl. Kup. | —,— | 2. |
| C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr. | 0.55 | 0.55 |
| Hurt. Związkowa I.—V. Em. o. Kup. | —,— | 0.20 |
| Herzfeld-Viktorius I.—III. Em. | —,— | 2.75 |
| Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. | —,— | 49 |
| Dr. Roman May I.—IV. Em. o. Bezr. | 19 | 19 |
| Płótno I.—III. Em. | 0.40 | —,— |
| Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em. exkl. Kup. | —,— | 0.25 |
| Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon | 0.80 | 0.80 |
| Sarmatia I.—II. Em. | —,— | 7.50 |
| Spółka Stolarska I.-III. Em. o. Bezr. | 1 | —,— |
| Tkanina I.—IV. Em. | 0.50 | —,— |
| „Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. | 5 | 5 |
| Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em. | 8 | —,— |
| Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em. exkl. Kupon | 0.40 | —,— |
| Wyroby Ceramiczne I.-II. Em. Krot. | —,— | 2.50 |
| Zjed. Browar. Grodziskie I.—II. Em. exkl. Kupon | 0.95 | 1 |

Tendenz: behauptet.

## Warschauer Börse vom 25. Juni.

Devisen (in Złoty):

| | | | |
|---|---|---|---|
| Belgien | 23.68 | Paris | 27.22—27.12 |
| Berlin | —.— | Prag | 15.37 |
| London | 22.42—22.38 | Schweiz | 91.98 |
| Neuyork | 5.18½ | Wien | 7.30½ |
| Holland | 194.45 | Italien | 22.40 |

## Warschauer Vorbörse vom 26. Juni.

(In Złoty)

Dollar 5.24. Engl. Pfund 22.30. Schweizer Franken 91.10. Franz. Franken 27.12.

Ausschneiden! Ausschneiden!

### Postbestellung.

An das **Postamt**

in ..........

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat Juli 1924

Name ..........
Wohnort ..........
Postanstalt ..........
Straße ..........













## Arbeitsmarkt

**Gesucht zum 1. Oktober**
### Oberschweizer
möglichst Nationalschweizer, für Abmelkestall mit 160 Kühen, Nähe Posens, hohe Milchtantieme, Dauerstellung. In Betracht kommen nur erfahrene Bewerber mit langjährigen guten Zeugnissen. (8030
**Heinz Hoffmeyer-Zlotnik**
Złotniki, pow. Poznań.

---

**Suche zum 1. Juli d. Js. tüchtigen**
### unverheirat. Hofbeamten
für meine 1700 Morgen große Rübenwirtschaft. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche an (7933
**Rittergutsbesitzer Erxleben, Skalmierowice**
p. Wierzchosławice, pow. Inowrocław.

---

Für meine **Delikatessen-Handlung** suche eine gewandte, freundliche
### Verkäuferin
**Josef Glowinski, Poznań**
ul. Gwarna 13.

---

### Junger Mann
polnischer Staatsbürger (Deutscher), im Besitze des polnischen und deutschen Gymnas.-Reifezeugnisses, mit den hiesigen Verhältnissen vertraut, und im **Zeitungswesen** bewandert, mit gewandter Feder und gutem Stil, sucht für bald Stellung als
**Schriftleiter oder Mitarbeiter**
an kleinerer deutschen Zeitung direkt unter dem Chef. Offerten unter **H. H. 8046** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

---

### Landwirtssohn,
deutsch-kath., 28 Jahre alt, von Jugend auf in der Landwirtschaft tätig, der die letzten Jahre eine Besitzung von 700 Morgen selbständig geführt hat, **sucht** zum 1. oder 15. Juli **Stellung** als **selbständiger Beamter** oder unter Leitung des Chefs. Gefl. Off. u. **G. 8032** a. d. Geschst. d. Bl.

---

### Ordentl. Mädchen
für kleinen Haushalt tagsüber ab 1. 7. 1924 **gesucht.** Vorstellung mittags von 1—3 Uhr **ul. Przemysłowa** (Margaretenstr.) 36. III. Etg. l. Vorderh.

---

**Tüchtiges, älteres**
### Mädchen
für 1. Juli d. Js. **gesucht.** **Schultz,** Chwaliszewo 60 part.

---

**Stellengesuche**

**Flotter**
### Uebersetzer
für Deutsch u. Polnisch sucht Stellung, evtl. auch als
**Korrespondent,**
ab 1. 7. 24. Gefl. Anfr. unt. **8011** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

---

**Revierförster,** verh., 25 J. alt, in allen Zweigen d. Forstwirtschaft erfahr., hervorgeg. aus dem preuß. Staatsd., la Zeugn. und Refer., der poln. Sprache in Wort u. Schrift mächtig, guter Reiter u. Radfahrer, in letzt. Stellg. dieses Frühj. 350 Morg. aufgeforstet, sucht v. 1. 9. 24 anderweitige Stellung, auch als
**Forstsekretär.**
Möglichst Posen, Pommerellen oder Westpreußen. Gefl. Offerten unter **M. 8005** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

---

**Selbständiger Förster,** verh., 3 Kind., m. allen Waldkulturen, sowie Raubzeugvertilgung bewandert, als auch mit großer Jagdführung bekannt, der poln. u. deutschen Sprache in Wort u. Schrift mächtig, sucht wegen Liquidierung baldmöglichst anderweit eine Dauerstellung. Auskunft über meine Persönlichkeit erteilt Herr Oberamtmann Dlugosch in Rawicz. — Auch steht hierselbst ein buntgrauweiß gescheckter **Jagdhund** zum Verkauf. **Felix Kaczmarek,** Forsthaus **Folusz,** Post **Sarnowa.** (8002

---

**Suche** z. 1. 7. 24 **Stellung** als
### Chauffeur.
Angebote unter **M. 8047** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

---

### Junger Mann,
der polnischen Sprache mächtig, 19 Jahre, sucht bald Stellg. als
**Verkäufer oder Lagerist**
in **Eisenhandlung.** Gefl. Zuschriften unter **K. 8051** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

---

**Andacht in den Gemeinde-Synagogen.**
**Synagoge A**
Wolnica.
Freitag, 27. Juni, abends 7½ Uhr.
Sonnabend, morg. 7 Uhr.
Sonnabend, vorm. 10 Uhr mit Neumondverkündigung (Tamus) und Predigt.
Sonnabend, nachm. 4½ Uhr, Mincha mit Vortrag.
Sabbatausgang 9 Uhr 30 Min.
Werktäglich morg. 6¾ Uhr, abends 8 Uhr.
Dienstag abends Jom Kippur Koton.
**Synagoge B**
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag, abends 7¾ Uhr.
Sonnabend vorm. 10 Uhr.